

Studentenschaft -international

Frankreich

Auch die französische Hochkonjunktur geht (wie unsere) ihrem Ende zu. Das zeigt sich daran, daß die Regierung „vorbereitende“ Verhaftungen vornimmt. Ihr Schlag richtet sich (wie wäre es anders zu erwarten gewesen) gegen die „Maoisten“.

Zuerst traf es die verbotene KPF/ML, die legal in den „Zirkeln Humanité rouge“ tätig ist. Eine Großrazzia wurde im ganzen Land gegen sie veranstaltet. Man beschuldigte ihre Mitglieder des Drogenschmuggels aus China, des Terrorismus usw. Fünf Mitglieder, Arbeiter und Studenten, wurden nicht wieder freigelassen und sitzen noch immer in der „Santé“. In Le Mans, wo sie zu Hause sind, fanden Solidaritätsstreiks für sie statt.

Danach kam die anarcho-„maoistische“ Gauche Proletarienne an die Reihe. Ihr Führer Le Dantec wurde ebenfalls verhaftet und noch nicht wieder freigelassen. Obwohl die „Gauche Proletarienne“ in der Tat in entscheidenden Punkten vom Marxismus-Leninismus abweicht und die Bedingungen der Kulturrevolution schematisch auf Westeuropa überträgt, sind die Marxisten-Leninisten natürlich auch mit diesen Verhafteten solidarisch.

Die „KPF fordert derweil allerdings die Regierung auf, mit „faschistischem Terror jedweder Art“ Schluß zu machen. Man kennt das Lied aus Moskau: auch dort droht man „Provokateuren jedweder Art“ mit Atombomben und meint dabei in Wirklichkeit nur die „Maoisten“.

Kaum überraschend ist es zu nennen, daß die „KPF bei dieser Hetze einen Verbündeten bekam: die trotzkistische (lambertistische) AJS („Alliance des Jeunes pour le socialisme“). In einer UNEF-Versammlung forderten ihre Sprecher dazu auf, die polizeilich bezahlten Provokateure rauszuschmeißen“, womit sie — natürlich! — die „Maoisten“ meinten. Gleichzeitig boten sie den Jungrevisionisten vom MJCF („Mouvement de la jeunesse communiste de France“) eine Einheitsfront an. Da die GJS die deutsche Schwesterorganisation der AJS ist, wußten wir eigentlich gern, wie die GJS sich zu diesen unbewiesenen Fakten stellt.

Süd-Vietnam

Wir hatten bereits vor einiger Zeit dargestellt, wie auch die südvietnamesischen Studenten immer offener in Opposition zu ihrer „Regierung“ gerieten und sich auf den FNL zubewegen. Dieser Prozeß hat sich seit etwa einem Monat entscheidend verstärkt.

Obwohl in Süd-Vietnam nur Söhne und Töchter der privilegierten Cliquen und höchstens Angehörige der nationalen Bourgeoisie studieren können, schlagen sich immer mehr Studenten auf die Seite der Revolution. Am 13. März wurde unser Kommilitone Huynh Tan Nam, Vorsitzender des ASTA von Saigon, verhaftet. Angeblich war er „Mitglied eines kommunistischen Netzes“. Allerdings ist bekannt, daß bei der Thieu-Clique für diese Beschuldigung die Tatsache genügt, die amerikanischen Besatzer und das völlig korrupte Militärregime Thieu/Ky zu hassen und zu bekämpfen. Außerdem wurden 30 weitere Studenten verhaftet.

Allerdings leisten die Studenten Widerstand: die Mediziner sind in einen Solidaritätsstreik getreten. (Man weiß aus dem Buch von Alseimer, daß gerade die südvietnamesischen Medizinstudenten besonders stark unter dem „feudal-imperialistischen System“ leiden: es „gehört sich nicht“ für einen Arzt, Patienten der niederen Klassen auch nur anzufassen, geschweige denn zu heilen!)

Marokko

Schon Anfang März dauerte der größte Streik der Oberschüler und Studenten mehrere Wochen. Am 6. März beschlossen die Streikenden unter dem Druck der von der Regierung verhängten Sanktionen, den Ausstand zu beenden. Gleichzeitig hatte die Regierung allerdings auch Zugeständnisse gemacht. Verhandlungen zwischen allen Beteiligten hatten am 8. März begonnen. 784 Schüler, die am 10. März nicht wieder in den Schulen erschienen waren, wurden von den Behörden vom weiteren Besuch der Gymnasien ausgeschlossen.

CSR

Ende März kam es an der Landwirtschaftlichen Fakultät in Prag zu einem Streik der Studenten. Der Grund: zwölf Kommilitonen wurden wegen politischer Abweichung von der Linie der Husák-Marionetten relegiert. Einem anderen Studenten (Mechanik-Fakultät Prag) wurde es untersagt, seine Doktorarbeit einzulegen.

Wir wissen nicht, welche politische Linie von den Kommilitonen vertreten wurde. Wir wissen nur, daß sich der Kampf der Husák-Lakaien schon längst nicht mehr nur gegen „Ultra-revisionisten“, sondern längst auch gegen „Linksabweiche“ richtet. Im übrigen sind wir der Ansicht, daß die Husák-Revisionisten nicht das geringste Recht haben, andere wegen „Revisionismus“ zu verfolgen. Das tschechoslowakische Volk ist völlig im Recht, mit allen Mitteln gegen eine imperialistische Okkupation Widerstand zu leisten, die die Unverschämtheit besitzt, sich als „proletarischen Internationalismus“ zu maskieren.

Besonders wegen Artikeln wie diesem hier irritiert „Spartakus“ mit der BSU, um die BSZ-Redaktion zu stürzen. Wir kleben nicht an „Posten“, von denen wir keinerlei materiellen Vorteil haben (vielleicht werden wir schon bald 20 000 Mark wegen Beleidigung von Uni-Bürokraten aufrufen müssen). Aber wir denken nicht daran, vor den „Spartakus“-Renegaten zu Kreuze zu kriechen. Wir sind sicher, daß alle fortschrittlichen Bochumer Studenten uns gegen die unheilige Allianz von „Spartakus“ und BSU verteidigen werden.

Indien

Indien ist bekanntlich das Land einer entwickelten Liebeskunst („Kamasutra“). Offenbar aus diesem Grunde sieht die Liste von 71 nur wegen „Obszönität“ verbotenen Büchern etwas seltsam aus: Neben „Lady Chatterley“ und „Fanny Hill“ tauchen dort folgende Perversitäten auf: 9 Bücher von Mao Tsetung, 5 Bücher von Lenin, 3 Bücher von Marx. Bücher, die „taktische Prinzipien der Guerillaführung“ erläutern, gelten nämlich in Indien als Schweineereien.

Es wäre interessant zu erfahren, um welche Titel von Marx und Lenin es sich dabei handelt — vielleicht um die gleichen, die auch in der UdSSR und DDR kaum noch zu bekommen sind (z. B. „Staat und Revolution“). Daß Mao Tsetung der indischen Kompradorenbourgeoisie und ihren Herren in Washington und Moskau als höchst „obszön“ erscheinen muß, ist nicht verwunderlich. Sie sehen es natürlich mit höchst gemischtem Vergnügen an, wie auf allen indischen Mauern das Menetekel „Long live Chairman Mao!“ auftaucht. Geführt von der KPI/ML, haben die Guerillakräfte bereits große Gebiete von Westbengalen, Bihar, dem Nagaland befreit und kämpfen darüber hinaus in weiteren Staaten (z. B. Kerala).

Persien

Der iranische Student Zadeh-Khosroschahi hat sich in Istanbul in der Türkei aus Protest gegen das Regime des Schah verbrannt. Er war Vorstandsmitglied des Iranischen Studentenvereins Istanbul. Um zu verhindern, daß er weiterhin Vorstandsmitglied sei, hat SAVAK (der iranische Geheimdienst) seine Eltern im Iran unter Druck gesetzt. Um weder gegen seine Eltern, noch gegen seine Überzeugung handeln zu müssen, wählte er den lauten Protest, den Freitod. In seiner letzten Verzweiflung und Not rief er, daß das diktatorische Schahregime ihn in den Tod getrieben hat. Seine letzten Worte waren: „Es lebe der Kampf des palästinensischen Volkes. Es lebe der Kampf des vietnamesischen Volkes.“

Auch in der BRD gibt es den SAVAK. Er arbeitet, geduldet von der deutschen Regierung, sehr aktiv gegen Gegner des Schahs. SAVAK kontrolliert die Tätigkeit der Studenten, und es kommt auch hier vor, daß Angehörigen im Iran Schwierigkeiten bereitet werden, um die Studenten in Deutschland zu unterstützen. Diese Tatsachen sind auch der deutschen Regierung bekannt.

Wir bedauern zutiefst den Tod unseres Kommilitonen und verlangen von der BRD, die immer betont, daß sie gegen den Faschismus ist und die Demokratie vertritt, die Tätigkeit des SAVAK in Deutschland zu unterbinden.

XVI. Westdeutsche Kurzfilmtage in Oberhausen

Cubafilm des SDS Bochum und AK Berlin an der Spitze

Vom 12. bis 18. April laufen 156 Filme aus 30 Ländern im internationalen Wettbewerbsprogramm in Oberhausen. Lateinamerika bildet den Schwerpunkt, ist mit 10 Filmen vertreten und bringt eine cubanische Retrospektive von 1959 bis heute. Santiago Alvarez, cubanischer Regisseur international prämiierter Filme, u. a. von „Hanoi 13. März“ (der im Wintersemester zweimal an der Ruhr-Universität gezeigt wurde während der Vietnam-Kampagne) und „LBJ“ (Film über Johnson und den amerikanischen Faschismus) hat den Vorsitz in der neunköpfigen Jury, die zum ersten Mal keine Preise vergibt, sondern Förderungsprämien im Gesamtwert von 50 000 DM.

Im Wettbewerbsprogramm sind die USA am stärksten vertreten, und zwar mit 16 Beiträgen. Es folgt die Bundesrepublik mit 15 Filmen. Von einer ersten deutschen Jury wurden von über 200 deutschen Filmen 93 in die engere Wahl gezogen. Von diesen wurden dann 15 in das internationale Festspielprogramm gewählt, wobei beide Male der Cubafilm die höchste Punktzahl erreichte. Er steht also an der Spitze des westdeutschen Programms.

Dieser Film wurde bereits während des Streiks im Sommersemester hier an der Uni gezeigt. Zu Beginn wird ein Stück bundesrepublikanische tägliche Wirklichkeit entlarvt: die verlogene Berichterstattung der Fernsehanstalten. Es folgt dann ein Erfahrungsbericht der SDS-ler auf Cuba, wobei die Filmemacher sich selbstkritisch mit der sog. antiautoritären Phase der Studentenbewegung auseinandersetzen und zu dem Ergebnis kommen, daß ein Bündnis der Studentenbewegung mit der Arbeiterklasse unter deren Führung unbedingt notwendig ist. Die Bedingungen der sozialistischen Revolution in einem vom Neokolonialismus unterdrückten Land wer-

den untersucht und die Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus nach der Revolution analysiert. Falls Georg Alexanders Vorschlag (WDR 3. Programm, neben Erika Runge deutsches Jurymitglied), die Filme nach dem Kriterium ihrer politischen Relevanz auszuwählen, von der Jury einheitlich angenommen wird, hat der Cubafilm durch eine Chance, eine Förderungsprämie zu bekommen, die dann natürlich der politischen Arbeit zukommt. Dieser Film wurde nämlich systematisch und unseres Erachtens exemplarisch politisch eingesetzt und ausgewertet.

Im Verlauf der Cuba-Kampagne der Internationalismusgruppe Bochum (SDS) wurde er in über 17 Städten des Ruhrgebiets und Umgebung mehrmals zu Diskussionsveranstaltungen für die sozialistische Revolution und gegen die sog. Entwicklungshilfe, die in Wirklichkeit

imperialistische Ausbeutung ist, vorgeführt. Ein Erfahrungsbericht und Ergebnisanalyse sind nachzulesen in der RPK (Rote Presse Korrespondenz) Nr. 55. Der relative Erfolg des Films auf einem Filmfestival, wo er ja gar nicht hingehört, läßt sich unserer Meinung nach dadurch erklären, daß die progressiven Filmemacher die Sackgasse der Porno-, Pop- und Kunstfilme erkennen und begreifen, daß das Medium Film in den Dienst der revolutionären, d. h. heute: marxistisch-leninistischen Bewegung, gestellt werden muß. Ein Teil dieser progressiven Filmemacher wird sicherlich — ähnlich wie im Mai 68 in Frankreich — in absehbarer Zeit Filmstreikberichte u. ä. machen zur Agitation in den Arbeitermassen. Der Film wird nächste Woche hier an der Ruhr-Universität mit anschließender Diskussion gezeigt. Näheres durch Plakate!



Beratung in der Genossenschaft „Rubén Martínez Villena“.

Lübbe + Esser-Vernunft

Nichtlegitimierten in die Hände zu geben.“

Um die Forschungslobby der Industrie weiterhin zu schützen, werde er dafür sorgen, daß Forschungsmittel des bundesrepublikanischen Machtartikels freien Zutritt zur Universität haben, über die den akademischen Selbstverwaltungsorganen keine volle Verfügungsgewalt zustehe.

„Es geht nicht an, daß jemand sagt: das dient nur monopolkapitalistischen Verwertungsinteressen oder könnte Kriegsforschung sein, und daß dann ein Forschungsprojekt einfach gestoppt wird...“ Neomarxistische doktrinaire Studenten gefährdeten die Freiheit von Lehre und Forschung zwar nur in Einzelfällen, vergifteten damit aber die Atmosphäre an den Hochschulen. Argumente der Studenten bezeichnete Lübbe als „Kappes“.

Lübbes Äußerungen veranlaßten selbst den WAZ-Redakteur Gerd Goch in einem Leitartikel am 28. 2. 1970 zu schreiben: „Er meldete sich mehrfach zu Wort und vertrat recht deutlich die Sache der Lehrstuhlinhaber gegen die ‚aufässigen‘ Studenten. Das klingt nicht unparteiisch, wenn man zugleich Leiter der Hochschulabteilung, aber auch ordentlicher Professor mit Ambitionen auf einen Lehrstuhl der neuen Universität Bielefeld ist... Der Staatssekretär gab sich... zunächst fortschrittlich, jetzt, da es um die Beteiligung der Studenten und Assistenten an einem Mitspracherecht auch in Sachen For-

schung und Berufung geht, schwingt er plötzlich den Knüttel der Professoren.“

Daraufhin mußte dieser Kommentar für Professor Esser, Biologe der Ruhr-Uni, „nicht unvorsprochen bleiben“. In einem Leserbrief an die WAZ verteidigte er Anfang März seinen Kollegen, den Staatssekretär, als einen Mann, der mit seinen Äußerungen zum Hochschulgesetzentwurf den dazu „notwendigen Sachverstand und die notwendige Erfahrung besitzt...“ und „sich als Wissenschaftler von inter-

Neue Stammkarten

Vollzug des HSG!

Nachdem auf Intervention des ASTA in der 1. Auflage der Stammkarte (die an alle Studenten verschickt wurde) wenigstens 3 unverschämte Fragen gestrichen wurden (Frage nach Disziplinarstrafen; Frage, wie oft Prüfungen wiederholt wurden; Frage nach anhängigen Strafverfahren), heißt es jetzt in einem Brief des zuständigen Referenten in der Universitätsbürokratie Nelles,

... „Ebenso konnte auf die Frage nach dem endgültigen Nichtbestehen einer Prüfung in der vom Studenten gewählten Fachrichtung aus Gründen nicht verzichtet werden, die sich aus § 15 Absatz (5) Ziffer 2. des Hochschulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen ergeben.“

Das heißt unmißverständlich: Die Universitätsbürokratie vollzieht schon jetzt das HSG, gegen das wir gekämpft haben!

Wie wehren wir uns?

Kommilitonen, füllt die Stammkarten bewußt nach Lust und Laune aus, so daß die Informationen wertlos werden. Ein einzelner Boykott ist nicht möglich, da Ihr sonst nicht immatrikuliert werdet!

Verhindert

den Vollzug des HSG!

Rechtsberatung

jeden Dienstag und Donnerstag von 12.30 Uhr bis 14.00 Uhr. Ort: Barake 8
Berufsschüler suchen

Uni-

Vollversammlung

21. 4. 70., 14.00 Uhr, C I

Thema:

Perspektiven des KAMPFES gegen das HSG und gegen staatliche Eingriffe

vds - MV April 1970 in Göttingen

Die ordentliche Mitgliederversammlung des vds in Göttingen begann am 1. April mit ihrer Selbstauflösung:

Per einstweiliger Verfügung hatte der rechte Freiburger ASTA ein Verbot der o. MV erreicht. (Begründung: der vds-Vorstand habe nicht rechtzeitig eingeladen.) Den Trick der Freiburger beantworteten die Vertreter von 39 Hochschulen mit der Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung für den nächsten Tag.

Der vds, einst stolzer Dachverband aller deutschen Studentenschaften und Instrument der Herrschenden zur politischen Gängelung und zugleich Integration der Studenten sowie nachgewiesenermaßen Informationslieferant für westliche Geheimdienste, hat die Liquidierungsversuche des anarchistischen SDS/vds-Bundesvorstandes überlebt. Der SDS als nationale Organisation ist ebenfalls aufgelöst, die Instrumentalisierung des vds für die sozialistische Studentenbewegung erscheint unmöglich. Um so eifriger bemüht sich die bürokratischen Verwalter der revolutionären 2.-Juni-Bewegung um die Übernahme des vds. Mit 22 Seiten Anträgen bemühte sich Spartakus — im Gefolge der SHB — um die Gewinnung einer Mehrheit bei der MV.

Der vds sollte damit zur Tribüne politischer Allgemeinplätze (DDR-Anerkennung, etc.) und zum Initiator von oben gesteuerten Kampagnen (n.c.-Kampagne, Leussink-Tribunal, Pressekampagne, Bürgerinitiative usw.) werden. Demgegenüber stand die Mehrheitsfraktion der antirevisionistischen ASTAs: Bochum, Erlangen, Hamburg, München, Tübingen und Mainzer Projektbereiche, die den vds als Instrument der sozialistischen Studentenrevolte, als Umschlagplatz der auf lokaler Ebene tatsächlich stattfin-

denden Aktivitäten gebrauchten wollten.

Ganz so vertrauten die Spartakisten denn auch nicht auf die Kraft ihrer Argumente. So wie seit einiger Zeit mit den Methoden der überbelsten Verleumdungen, Lügen, Geheimdienstmethoden und sogar persönliche Erpressung versucht wird, den Bochumer ASTA zu stürzen, so griff man auch in Göttingen in die Trickkiste:

Um die Stimmen der PH's zu gewinnen, versuchte ein Spartakist, bei einer Fraktionssitzung der PH's, den Bochumer ASTA als abschreckendes Beispiel der antirevisionistischen Fraktion darzustellen und behauptete u. a., ein ASTA-Mitglied fahre den ganzen Tag durch NRW, um Rote Garden zu organisieren (schön wär's!). Dabei würde die Hasch-Pfanne immer mitgenommen und mit vds-Geldern önanier- und Kopulierzimmer gemietet. Über die Absurdität dieser Behauptungen braucht wohl kein Wort verloren zu werden.

Ein mieser Obergerichtsvollzieher rettete die SHB-Spartakus-Fraktion schließlich vor der Abstimmungs-niederlage. Er brachte um 3 Uhr nachts eine einstweilige Verfügung (wiederum von Freiburg erwirkt!), die auch die Fortführung der a.o. MV untersagte.

Die nächste a.o. MV wird am 24. April stattfinden. Die Spartakisten werden u. a. durch den von ihnen beabsichtigten Sturz des Bochumer ASTA versuchen, die Mehrheitsverhältnisse zu ihren Gunsten zu verändern. Durch den günstigen Termin am 24. April werden wir nunmehr Gelegenheit haben, die Politik des vds auf breiter Ebene in der Studentenschaft zu diskutieren. Kommt zur Uni-Vollversammlung zu Semesterbeginn! Wir veröffentlichen zur Vorbereitung das von uns mitunterzeichnete Minimalprogramm.

Achtung, AUTOFAHRER!

20% Rabatt

für Uni-Angehörige auf Reparaturarbeiten

Kfz-Werkstatt HEINZ DRZYMALLA
BOCHUM-LANGENDREER - Umminger Straße 22 - Telefon 28 05 26

Ein klassisches Beispiel dafür, welche Funktion das UP für die Durchsetzung der studentischen Ziele hat: die Univerwaltung hat ganz richtig begriffen, daß man dieses Gremium und seine Ausläufer getrost ignorieren kann.

Uni-Verwaltung ignoriert erneut UP-Beschlüsse

Vor einigen Wochen schritten entschlossene Studenten endlich zur Tat, nachdem sie der ASTA der RUB über das diskriminierende Drei-Klassen-Parkrecht an der Ruhr-Uni informiert hatte. Die Schlagbäume an den Zufahrten zu den N- und den hinteren I-Gebäuden wurden von den Studenten entfernt, nachdem die Uni-Verwaltung ihrer mehrmaligen Aufforderung zur Entfernung der Schlagbäume nicht nachgekommen war. Da bereits Semesterferien waren, setzte sich der Hauptausschuß des Universitätsparlamentes zusammen und verabschiedete eine neue Parkordnung für die Ruhr-Universität. Doch die Verwaltung der RUB mißachtete, wie auch während der Streikwoche im Januar der „Rektor“ Faillard, den Beschluß des Hauptausschusses. In einem Eilschreiben an die „Herren Dekane der Abteilungen I-XVIII und OAW“ teilt Direktor Schmitz als Vertreter des Kanzlers zwar mit, daß der Hauptausschuß des UP sich mit der Parkplatzfrage befaßt hat. Daß aber eine neue Parkordnung beschlossen wurde, davon erfahren „die Herren Dekane“ nichts: in der Schmitz'schen Sprache wird die verabschiedete Ordnung zu einem „gefaßt(en) „Entschluß“ herabgesetzt. Daß aber die Verwaltung nicht gewillt ist, Beschlüsse des Universitätsparla-

mentes oder dessen Hauptausschusses auszuführen, zeigt der weitere Text des Briefes:

„Das Rektorat hat die Angelegenheit erörtert und folgende Durchführungsbestimmungen getroffen: ...“ Es ist doch sehr gnädig, daß das Rektorat die Angelegenheit erörtert hat und sogar „eigene“ Durchführungsbestimmungen getroffen hat. Dazu zählt auch die Errichtung neuer Zufahrtsschranken „jeweils bis zu dem 1. Hochbereich“: Zugelassen zur Zufahrt sind nach den Schmitz-Ausführungen u. a. Dienstfahrzeuge (Punkt e) der Zufahrtszulassung. Außerdem erhält das Dekanat jeder Abteilung „Ausweise, die es an Personen aushändigt, die zu Transportzwecken dienstlich fahren müssen“. Da werden also in Zukunft die Herren Professoren und Verwaltungsbosse ihren Parkausweis bekommen mit dem aufgedruckten Vermerk: „Dienstfahrzeug“ oder „Für dienstliche Transportzwecke“!

Karl Heinz Roth

UNWISSEN ALS OHNMACHT

Thesen zu einer Analyse der Wissenschafts- und Bildungspolitik des bundesrepublikanischen Machtkartells und zu den Perspektiven der sozialistischen Opposition

Von Wilhelm Liebknecht stammt der lapidare Satz: Wissen ist Macht, und Macht ist Wissen. Gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts wurde er an die sozialistische Arbeiterbewegung gerichtet als Aufforderung, das absolutistisch-preußische Schulsystem radikal zu durchbrechen. Nur wenn das Proletariat die von der Herrschenden Klasse verwalteten Zusammenhänge zwischen Kapitalverwaltung, Militarismus und Politik auf breiter Basis begriff, war es imstande, die Machtstrukturen des Klassen-systems in einem langwierigen revolutionären Prozeß zu überwinden. Die Fähigkeit, die latenten Klassenkonflikte systematisch auszuweiten und bis zur Diktatur des Proletariats voranzutreiben, setzte die Zerstörung des Bildungs- und Wissenschaftsprivilegs der Herrschenden voraus. Dies zu leisten, war Aufgabe einer fest in den Massen verankerten revolutionären Avantgarde.

Wenn sich inzwischen auch immense Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse ergeben haben, bleibt die von Liebknecht formulierte Maxime unverändert einzu-lösen. Ins Negative gekehrt, gewinnt sie eine für unsere gegenwärtige Situation wichtige provo-

block die teilweise beachtlichen Reformansätze der ersten 5 Nachkriegsjahre in den Betrieben, Schulen und Universitäten rasch zu-nichte werden ließ. Nazistische Ordinarien, nazistische Lehrer und nazistische Berufsausbilder wurden in der Adenauer-Ära wieder hoch-gespült und eroberten führende Positionen. Wo sich Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Reaktion ergaben, halfen die ebenfalls reha-bilitierten Gesinnungsgenossen in der Justiz, der Staatsbürokratie, der Wirtschaft und bei der Polizei. Spätestens 1952/53 waren die letz-ten demokratischen Ansätze im Wissenschafts- und Bildungssektor wieder abgestorben...

Währenddessen schlossen die Funk-tionäre der Großindustrie die Re-konstruktion des westdeutschen Produktions- und Distributions-po-tentials im Zeichen des sogenann-ten Koreabooms erfolgreich ab. Aus der DDR wanderten genügend Facharbeiter und Wissenschaftler in die Bundesrepublik ab, die etwa auftretende Personallücken im Expansionsprozeß immer rechtzeitig wieder schlossen. Folglich konnte man den gesamten Ausbildungs-sektor vorläufig so belassen, wie er sich inzwischen restauriert hatte.

Lokale Industriellenkuratorien an den Ingenieurschulen und Univer-sitäten ergänzten die zentralen Organisationen (Hamburg z. B. „Universitätsgesellschaft“, „Kurt A. Körber Stiftung“ usw.). Zur Ver-schleierung dieser mehr indirekten industriellen Verwertung wissen-schaftlicher Arbeit wurde ein kom-pliziertes „industrielles Spenden-wesen“ aufgezogen.

II. Der Durchbruch zur „Projektforschung“ und seine ersten Konsequenzen (1955/56 bis Ende 1962)

1. In den Jahren 1955/56 trat ein radikaler Wandel in der Beziehung zwischen Produktion einerseits, Bildungs- und Wissenschaftspolitik andererseits ein. Die Großbourgeoi-sie mußte sich von der extensiven Kapitalakkumulation trennen, weil der Zustand der Vollbeschäftigung erreicht war und gleichzeitig der Zustrom von qualifizierten Arbeit-ern aus der DDR nachzulassen drohte. Das Arbeitskräftepotential war dabei, zum begrenzenden Fak-tor des Wirtschaftswachstums zu werden. Folglich mußte die Groß-industrie zur kapitalintensiven Akkumulation übergehen, um die bisherigen extensiven Wachstums-effekte durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität zu kompensieren...

2. Der Übergang zum kapital- und damit forschungsintensiven Wirt-schaftswachstum wurde durch die im Jahre 1955 endgültig beschlos-sene Remilitarisierung entschei-dend modifiziert. Der mit dem Auf-bau der Bundeswehr schlagartig einsetzende vorübergehende Abzug von Hunderttausenden qualifizierter Arbeiter drohte den gerade ein-geleiteten Übergang der Industrie zur rationalisierten Produktion zu gefährden. Gleichzeitig bot der ge-plante Aufbau einer Massenarmee ohne hochkomplizierte Waffen-systeme keinerlei Ansatzpunkte zur sekundärproduktiven Verwer-tung einer technologisch hoch-stehenden Rüstungsforschung.

3. Die Neutralisierung des Widerspruchs zwischen zunehmend kapital-intensiver Produktion und Milita-risierung wurde seit 1956 von einer aus allen im Bundestag vertretenen Parteien gespeisten und von Franz Josef Strauß geführten „Wehr-koalition“ versucht. Es gelang ihr unter weitgehender Berücksichti-gung der Sonderinteressen der in-zwischen etablierten Luftfahrt-in-dustrie der Koalition der Rüs-tungstechnokraten („Arbeits-gemeinschaft für Wehrtechnik“) und der aufkommenden Nuklear-forschung (Gründung des Bundes-ministeriums für Atomfragen mit Strauß als Minister im Jahr 1955) die Gegensätze weitgehend aufzu-heben. Der Zeitplan der Aufrüstung wurde verlängert, die geplante Wehrpflicht verkürzt und der ver-traglich festgelegte Personalbestand der Armee um 200 000 Mann ver-ringert. Gleichzeitig wurde be-schlossen, die Einschränkungen durch eine technische Modernisie-rung der Armee zu kompensieren. Diese Entscheidung hatte automa-tisch den Aufbau einer hochquali-fizierten und mit der „Zukunfts-forschung“ weitgehend identischen Rüstungsforschung zur Folge. Die Rüstungsforschung wiederum wurde zum wichtigsten Hebel der Ver-klammerung der Rationalisierungs-interessen der Industrie mit der Rationalisierung, weil sie oft in einem zweiten Schritt zur Hebung des technischen Niveaus der Pro-duktion der verschiedensten Indu-striezweige herangezogen werden konnte...

4. Nachdem der erste Remilitarisie-rungsplan, wie ihn die Gruppe Adenauer/Blank/Brentano in Ab-sprache mit dem US-Imperialismus und der NATO konzipiert hatte, durch das technologische Alternativ-programm der „Wehrkoalition“ (Strauß, Jäger, Krone, Erler, H. Schmidt, Schultz usw.) abgelöst worden war, wurde die Forschungs-politik neu ausgerichtet. Obwohl die angestrebte Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und weitreichenden Trägermitteln 1961 endgültig am Widerstand der Kennedy-Administration scheiterte, gelang es dem Machtkartell, einige für den militärisch-industriellen Interessenkomplex gleichermaßen wichtige „Projektforschungsberei-che“ voranzutreiben. Es entstanden riesige Zentren für Kernforschung in Karlsruhe, Jülich, Hamburg, Geesthacht und München-Garching, für Raketen- und Weltraumfor-schung in Köln-Wahn, München, Stuttgart und Braunschweig und für Vernichtungstechnologie in Kiel, Hamburg, Werthoven und Freiburg, die zu Ausgangspunkten einer radikalen Umwälzung der bishi-eren Verwertung der Wissenschaft durch die große Industrie wurden. Die staatlichen Budgets für die neuen Sektoren der „Zukunfts-forschung“ stiegen in rascher Be-schleunigung (1963: 546,4 Mio. DM für Rüstungsforschung, 378,2 Mio. DM für Nuklearforschung, 50,5 Mio. DM für Weltraumforschung; 1967: 1002,6 Mio. DM für Rüstungsfor-schung, 720,2 Mio. DM für Kern-forschung, 28,0 Mio. DM für Wel-raumforschung), während die Fi-nanzierung durch die Industrie-sektoren Chemie-, Elektro- und Rüstungsindustrie nach einer anfänglichen Symbolungsphase auf einem mehr symbolisch zu verstehenden Präsenzniveau stehenblieb.

5. Mit der Etablierung der Groß-forschungszentren erlangte die ka-pitalistische Verwertung wissen-schaftlicher Erkenntnisse eine neue Qualität. Der monopolkapitalisti-sche Verwertungsmechanismus, ge-kennzeichnet durch die sofortige Einverleibung des geschaffenen wissenschaftlichen Gebrauchswerts in dasjenige kombinierte Kapital, das seine Herstellung vorfinanziert und gleichzeitig auf diese Weise die Richtung der wissenschaftlichen Arbeit direkt bestimmt hat, wurde durch den technischen Fort-schritt geschaffenen neuen Verwertungsbedingungen taktisch ange-paßt:

5.1 In den Projektforschungszentren werden von jetzt ab (nach einer zwischen Ministerialbürokratie, Kapitalfunktionären und ange-wandten Wissenschaftlern grob umrissenen Zielrichtung) Grund-lagenforschung, angewandte For-schung und technische Entwicklung als einheitlich gelenkter Prozeß betrieben.

5.2 Die Großforschungsprojekte ma-chen eine langfristige Finanzie-rungsplanung und Programmierung erforderlich, die die Kapazitäten selbst der größten Konzerne über-steigen. Zur Vorbereitung und Realisierung eines wissenschaft-lichen „Schwerpunktprogramms“ werden ganze Industriegruppen herangezogen, die sich mit den an-gewandten Wissenschaftlern und der Ministerialbürokratie zu einer staatsmonopolistischen Planifika-tionsparzelle zusammenschließen (z. B. „Atomkommission“, „Kom-mission für Weltraumforschung“, „Kommission für Ozeanographie“ usw.).

5.3 Das bisherige Patent- und Urheber-rechtssystem ist bis zur technischen Entwicklungsreife des Projekts

außer Kraft gesetzt. Erst nach einer fundamentalwissenschaft-lichen und einer die technische Realisierung des Projekts vor-bereitenden Phase gewinnen die beteiligten Industriellenkonsortien das Recht, den entwickelten Proto-typen (beispielsweise eine neue Reaktorbaulinie) produktiv zu ver-werten. Dabei lösen ministerial-industrielle Lizenzabkommen und -unterabkommen das bisherige, auf eine einzige Innovation ausgerich-tete Patentierungsverfahren ab.

5.4 Hat sich ein bestimmter Projekt-forschungskomplex dauerhaft eta-bliert, beginnt die ihm zugeordnete staatsmonopolistische Planifika-tionsparzelle alle dem Komplex be-ziehenden außerindustriellen For-schungseinrichtungen direkt in ihn hineinzuziehen (beispielsweise Aus-bau aller bestehenden Hochschul-institute für Kernchemie, um die im „Dritten Atomprogramm“ pro-jezierte Wiederaufbereitung von-strahlter Kernbrennelemente vor-zubereiten und zu koordinieren).

6. Während immer größere Teile der Kapazitäten der industriellen und außerindustriellen Forschungs-tätigkeit zu Bestandteilen einer zentralen Forschungsplanung wurden, konnte die wissenschaftliche Lehre nicht unverändert bleiben. Das bis 1955 von der herrschenden Klasse lautstark gepriesene reakti-onäre Ausbildungssystem drohte im Fall seines Weiterbestehens die massiv expandierenden „Schwer-punktprogramme“ langfristig aus-zutrocknen, weil es mit den ihm zugrunde gelegten Bildungsbar-rieren eine relevante Steigerung des Ausstoßes an wissenschaftlichen Nachwuchs nicht zustande bringen konnte...

7. Bis 1962/63 wurden alle Sektoren der Forschung und Lehre, die den neuen Planifikationsparzellen (Nu-klearforschung, Luft- und Wel-raumforschung, Rüstungstechnolo-gie) nicht untergeordnet waren, zu einem zusätzlichen Komplex „All-gemeine Wirtschaftsförderung“ zu-sammengefaßt. Dabei zeigte sich jedoch, daß der aufgetretene Wider-spruch zwischen der „Zukunfts-forschung“ und die im Sinn der Selbsterhaltung des kapitalistischen Systems anachronistisch gewor-denen traditionellen Bildungs- und Wirtschaftsstrukturen nicht im Handstreich aufzuheben waren. Im einzelnen zeichneten sich folgende Entwicklungslinien ab:

7.1 Schon 1956/57 wurden die Lehr-kapazitäten der Technischen Hoch-schulen und der Ingenieurschulen massiv ausgebaut. Da es sich bei ihnen um Institutionen streng fach-spezifischer „Produktions-wissenschaften“ ohne jeden gesamtgesellschaftlichen Bezug handelte, war eine Kompression und Straffung des Ausbildungs-systems vorläufig nicht erforder-lich...

7.2 Die traditionellen Trägerorganisa-tionen indirekter außerindustrieller Wissenschaftsverwertung („Deut-sche Forschungsgemeinschaft“, Stif-terverband für die Deutsche Wis-senschaft“) wurden einem schlei-chenden Funktionswandel unter-worfen. Die DFG und die ihr an-geschlossenen Forschungsinstitutionen außerhalb der Universitäten (vor allem Max-Planck-Gesellschaft) wurden zunehmend verstaatlicht und zum zentralen Initiator von wissenschaftlichen „Test“-Schwer-punktprogrammen gemacht: Sie hatte Forschergruppen an neue Zweige der „Zukunfts-forschung“, vor allem Datenverarbeitung und Ozeanographie anzusetzen und zu prüfen, ob davon Aufwertung zu einem weiteren „Schwerpunktpro-gramm“ des Ende 1962 in „Wissen-schaftsministerium“ umbenannten Atomministeriums im Sinne der Kapital-expansion erforderlich schien.

7.3 Die Integration des Fachhochschul- und Universitätssystems in die auf-kommende arbeitsteilige Wissen-schaftsplanung wurde 1956 durch einen von den großen Indu-striellenverbänden gegründeten „Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ und ein Jahr später durch einen zentralen „Deutschen Wissenschaftsrat“ eingeleitet, in welchem – ähnlich wie in der „Atomkommission“, der „Kom-mission für Weltraumforschung“ und dem „Gesprächskreis Wissenschaft und Verteidigung“ beim Verteidi-gungsministerium – Ministerial-bürokraten, Wissenschaftler und Großindustrielle Sitz und Stimme haben. Während sich der „Ge-sprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft“ darauf beschränkte, auf die Integration des Hochschulsek-tors in das qualitativ neue Verwertungs-system durch Lobby-Arbeit hinter den Kulissen und durch spo-radische „Empfehlungen“ einzu-wirken, entwickelte sich der „Wis-senschaftsrat“ zum wichtigsten Zen-trum der Hochschulplanung,

das dem Forschungsschub im Be-reich der Technologien durch die Reorganisation und Anpassung des Hochschulsektors nachträglich zu fundieren hatte...

III. Die wissenschafts- und bildungspolitische Restauration als unverhoffte Barriere (1963 bis 1966)

1. In den drei Jahren vor der Wirt-schaftskrise 1966/67 und der Bil-dung der „Großen Koalition“ be-fand sich die bundesrepublikanische Wissenschafts- und Bildungspolitik in einem labilen Gleichgewicht. Einerseits vermochten sich die Großforschungsprojekte von Mono-polkapital und Staat insofern zu behaupten und weiterzuentwickeln, als sie 1962/63 in einem zentralen Wissenschaftsministerium zusam-mengefaßt wurden und über diese neue Institution wachsenden Ein-fluß auf die „allgemeine Wissen-schaftsförderung“ erlangten; andererseits wurde auch der herkömm-liche Mechanismus der Verwertung wissenschaftlicher Arbeit auf regio-naler Ebene intensiviert. Diese Disproportionalität war Ausdruck der inzwischen im industriellen Lager eingetretenen Ungleichzeit-igkeit der Ausweitung und Moderni-sierung der Produktionsverfahren: die forschungsintensiven Groß-konzerne der chemischen, elektro-technischen und Stahlindustrie, die allesamt aus den neuartigen Groß-forschungsprojekten Nutzen zogen, zwangen die mittlere und die Klein-



industrie zu einer Verschärfung der Praxis indirekter Wissenschafts-verwertung. Die Forschung, ganz gleich, ob in traditionell-indirekter oder neuartiger projektbezogener Manier verwertet, wurde zum ent-scheidenden Kriterium der Erzeu-gung von Mehrprodukten und Mehrwert...

1.1 Die Mehrheit der Ordinarien ver-suchte, ihre auf die Beherrschung einzelner Institute und damit iso-liert bearbeiteter wissenschaftlicher Spezialgebiete ausgerichtete „Selbstverwaltungs“-Strukturen gegen die neuartige, zur Inter-disziplinären Koordination drän-gende Wissenschaftspraxis außer-halb der Universitäten immun zu machen. Da sie sich als Instituts-direktoren in einem indirekten Verwertungsprozeß traditioneller Art befanden („Vertragsforschung“), konnten sie dabei der Unterstüt-zung jener Industriegruppen sicher sein, deren Manager es verstanden hatten, sich die universitären For-schungspotentiale als besonders profitabile Reservekapazitäten un-terzuordnen. Die (auch im Sinn des Kapitalfortschritts reaktionäre) In-dustriellen - Ordinarien - Fraktion machte gleichzeitig Front gegen die ansteigenden Studentenzahlen, die auf eine prosperitätsbedingte Bil-dungsmobilisierung der Mittel-schichten zurückzuführen waren: Auch im Bereich der wissenschaft-lichen Lehre wurde dadurch die direktoriale Position der Ordinarien in Frage gestellt...

1.2 Dieser Zustand mußte für all dieje-nigen Kapital-, Ministerial- und Wissenschaftlergruppen unerträg-lich sein, deren wissenschaftliche Planifikations-tätigkeit mit den her-kömmlichen kapitalistischen Verwertungsmechanismen nicht mehr abzuheben war. Ihnen konnte es nur darum gehen, die Forschungs- und Ausbildungskapazitäten der Universitäten dem außerhalb der Universitäten inzwischen etablierten technokratischen „Fortschritt“ anzupassen. Das durch die neue Qualität wissenschaftlicher Arbeit fragwürdig gewordene hierarchi-sche Direktorialsystem sollte durch

(Fortsetzung auf Seite 4)



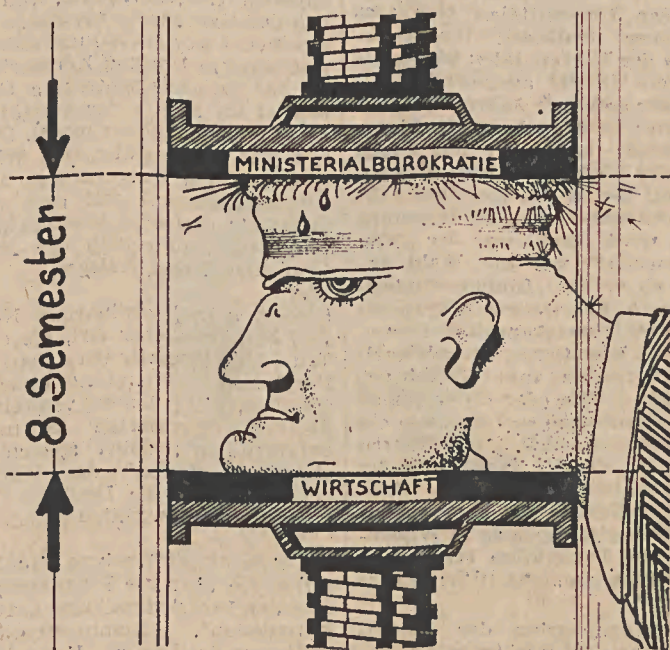
kative Variante. Unwissen ist Ohn-macht, und Ohnmacht ist Unwissen. Wer nichts über die Strategie der Herrschenden im Hinblick auf sei-nen sozialen Aktivitätsbereich weiß oder wissen will, ist ohnmächtig; und wer ohnmächtig ist, ist es, weil er nichts über die Verwertung sei-nes Arbeitsbereichs durch die Herr-schenden weiß oder wissen will. Revolutionäre Perspektiven lassen sich nur aus der Analyse der be-stehenden Herrschaftsstrukturen gewinnen. Sie müssen gleichzeitig der strategischen Gesamtplanung der Gegenseite, deren Ziel die per-manente Paralyse und Verschlei-erung der Klassenwider-sprüche ist, überlegen sein.

Da das bundesrepublikanische Machtkartell gegenwärtig mit einer ungeheuren Planifikationsoffensive beginnt, die die Berufsausbildung für die zunehmend kompliziert zu-sammengesetzte gesellschaftliche Gesamtarbeit: Lehrlingsausbildung, Sekundarschulwesen, Fachhoch-schulsystem (Ingenieurschulen und Wirtschaftshochschulen) und die Universitäten gleichermaßen um-greift, gerinnt die bewußt auf einen bestimmten Ausbildungssektor be-schränkte Opposition der Lehrlinge, Schüler, Ingenieurstudenten, Stu-denten und Wissenschaftler not-wendig zu einer vorsichtslosen Handwerkerlei. In der vorliegenden Arbeit wird versucht, mit einigen Thesen zur Koordination der Oppo-sition in den wichtigsten Ausbil-dungsbereichen beizutragen. Gleich-zeitig wird nachgewiesen, daß die Reorganisation der sozialistischen Opposition des Ausbildungs- und Wissenschaftssektors nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie von Anfang an als integraler Bestand-teil der Rekonstruktion der revolu-tionären Arbeiterbewegung (Arbei-terbewegung des Qualifikations-sektors und der materiellen Pro-duktion) begriffen wird.

Das Arbeitsziel der Thesen ist ein grob zusammengefaßter Gesamt-überblick über die historischen Pro-zeße, die im Zusammenhang mit der Einverleibung von Wissen-schaft und Bildung in den Mecha-nismus der Selbstverwertung des Kapitals zustandegekommen sind und gegenwärtig mit zunehmender Beschleunigung ablaufen. Diesem Vorhaben mußten alle Differenzie-rungen und Details untergeordnet werden.

I. Wissenschaft und Bildung als Hort der sozialen Reaktion (bis 1955)

1. Es hat sich allmählich herum-gesprochen, daß sich aus der Nazi-Ära deren „Führungsstil“ unge-brochen in die Nachkriegszeit hin-übergerettet haben. Weniger be-kannt ist, daß die von ihnen zusam-men mit den westlichen Besatzungs-mächten betriebene Spaltung Deutschlands und die nachfolgende Integration des westlichen Teils des ehemaligen „Dritten Reiches“ in den antikommunistischen West-



Den Pfeil

(Fortsetzung von Seite 3)

kostenorientierte Leistungsmodelle ersetzt werden. Das hatte tendenziell zur Folge, daß — das bisherige Institutprinzip durch den Aufbau interdisziplinärer „Fachbereiche“ abgelöst wird, — die Studiengänge den neuen Verwertungsbedingungen wissenschaftlicher Arbeit in den Projektforschungszentren, in der Konzernforschung und überhaupt im industriellen Management angepaßt werden: Kompression der Ausbildungszeit; Vorverlagerung des technokratischen Leistungssystems in die Ausbildungssphäre, um den Anpassungsprozeß der Universitätsabsolventen zu beschleunigen; Aufspaltung der künftigen „Akademikerelite“ in mehrere, soziale Gruppen, die der neuen, leistungsorientierten Management-Skala entsprechen, — die Hochschulforschung zu einem nachgeordneten Bestandteil der außerhalb der Universitäten betriebenen Forschungsplanung wird: Einrichtungen interdisziplinärer „Forschungs-Units“, allmähliche Transformation zu „Sonderforschungsbereichen“, die den Schwerpunktprogrammen des Wissenschaftsministeriums und den Test-Schwerpunkten der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ angepaßt werden.

2. Während die Zentren der Projektforschung im Verteidigungs- und Wissenschaftsministerium und als „dynamisierende“ Faktoren der Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik weiter expandieren und mit der Verschärfung der internationalen Kapitalkonkurrenz (Zuspitzung des Widerspruchs zwischen EWG und US-Kapital auf der einen, Zuspitzung der nationalen Konkurrenzmechanismen innerhalb der auf der anderen Seite seit 1965/1966) immer deutlicher auf eine Gesamtplanung zusteueren, entdecken die sich mit ihnen identifizierenden Gruppen des bundesrepublikanischen Machtkartells neue, den technokratischen „Fortschritt“ limitierende Faktoren im Gesamtkomplex des bundesrepublikanischen Ausbildungssystems, die in der Restauration und in der sich öffnenden Schere der industriellen Nachkriegsentwicklung ihre Ursachen hatten: Die Barrieren im vertikal gegliederten Ausbildungsbereich unterhalb der Hochschulebene.

IV. „Reform“ der Wissenschaftspolitik und des Bildungswesens im Sinne des bundesrepublikanischen Machtkartells? (1966/67 bis heute)

1. Die Rezession der Jahre 1966/67 und die Etablierung der „Großen Koalition“ brachten die Planifikationszentren der Projektforschung und der Bildungsoökonomie als wichtigste Faktoren einer gesicherten Fortsetzung der Kapitalexpansion nach innen und außen endgültig in die Offensive. Die Startbedingungen waren zunächst sehr günstig: Die ersten Ansätze einer staatlichen Konjunkturpolitik im Sinne einer „Globalsteuerung“ (Schiller) des Monopolkapitals wurden durchgesetzt; die Rezession hatte eine neue Zentralisations- und Rationalisierungsoffensive im Produktions- und Distributionsektor möglich gemacht; und mit der „Finanzreform“ zeichnete sich ein weiterer, mit der Kapitalzentralisation korrespondierender Schritt zur Zentralisation der Wissenschafts- und Ausbildungspolitik ab.

2. Trotzdem würde die technokratische Reform der Wissenschaftspolitik und des Bildungswesens, je mehr sie sich gegen die anachronistisch gewordenen Ausbildungs-, Wissenschafts- und Produktionsverhältnisse durchsetzt, weiter durch schwere Widersprüche im Lager der herrschenden Klasse selbst behindert.

2.1. Es entwickelte sich ein militärisch-technokratischer Zielkonflikt. Die militärisch orientierte Fraktion des Machtkartells (Bundeswehrspitze, Rüstungsindustrie, Vernichtungsforschung, ein Teil der CDU und die gesamte CSU) mußte 1967 eine schwere Niederlage einstecken, als (auf Betreiben der USA) die Bundeswehr endgültig zum konventionellen Gewaltfaktor der NATO degradiert wurde (Verabschiedung des Planungsdokuments MC 14/III). Infolgedessen war es nicht mehr möglich, die Rüstungsforschung als wichtigsten staatlich-industriellen Verklammerungsfaktor des technischen Fortschritts auszugeben: Die bundesrepublikanische Entwicklung neuer Waffensysteme war weitgehend illusorisch geworden, und damit auch die sekundär-produktive Verwertung des in ihnen enthaltenen technischen Fortschritts (Elektronik, Computertechnik, neue Werkstoffe, usw.) überholt. Die nur sekundär militärisch orientierte Technokratenfraktion

(Wissenschaftsministerium, Wissenschaftler der Projektforschungszentren, ein Teil der forschungsintensiven Großindustrie, die Mehrheit der SPD, FDP, eine Minderheitsgruppe der CDU und die technokratische Fraktion der Gewerkschaftsspitzen) schlug deshalb vor, sich der „amerikanischen Rüstungsdominanz“ endgültig zu beugen. Die Rüstungsforschung und damit die qualitative Rüstung der Bundeswehr soll reduziert werden; stattdessen soll verschoben werden, die amerikanische Überlegenheit in den nicht-militärischen neuen Technologien (Reaktorindustrie, spezielle Sektoren der Weltraumforschung, Datenverarbeitung und Ozeanographie) durch eine Intensivierung der entsprechenden Projektforschungen auszugleichen. Mit dieser Konzeption korrespondiert eine vollständige Umorientierung der bisherigen imperialistischen Strategie: Der „Ost-West-Konflikt“ soll „de-eskaliert“ werden („Euro-

päische Friedensordnung“), an seine Stelle soll die Verschärfung des „Nord-Süd-Konflikts“ (Intensivierung der Ausbeutung der Dritten Welt auf der Basis wissenschaftlich-technischer Überlegenheit) treten.

2.2. Daneben hat sich der Zielkonflikt zwischen der forschungsintensiven Großindustrie und den Propagandisten einer wissenschaftlichen und bildungspolitischen Teilplanifikation (Sozialdemokratie, Gewerkschaftstechnokraten, Wissenschaftstechnokraten) auf der einen und der mittleren und kleinen Industrie, der Ordinarien und den regionalen Ministerialbürokraten auf der anderen Seite weiter verschärft. Einige Projektforschungszentren sind in die dritte Planungsphase (Großindustrielle Verwertung des in den entwickelten Prototypen enthaltenen technischen Fortschritts) eingetreten. Die mit den Projekten verbundenen Konzerngruppen verfügen inzwischen über die nötigen wissenschaftlichen Erkenntnisse, um verstärkt in den internationalen kapitalistischen Konkurrenzkampf einzusteigen. Auf der Basis der zentralen Großforschungsprogramme haben sich in den letzten Jahren privilegierte Konzerngruppen herausgebildet, die lediglich in den Industriesektoren Elektrotechnik und Computertechnologie (AEG, Siemens, Zuse), Chemie (IG-Farben Nachfolger und Eisenhüttenindustrie (Thyssen, Krupp) vertreten sind. Daneben gibt es eine aus der Luft- und Raumfahrtindustrie kommende Industrie-Gruppe (Bölkow-Messerschmidt, VFW), die immer stärker in die neuen Projektbereiche Ozeanographie und Datenverarbeitung infiltriert. Diese Konzerngruppen sind nur noch auf eine selektive Planifikation der Wissenschafts- und Bildungspolitik angewiesen: Der Mechanismus des Monopolprofits gebietet es, über eine Intensivierung der Tätigkeit der staatsmonopolistisch-wissenschaftlichen Planifikationsparzellen den erreichten technologischen Vorsprung künstlich aufrechtzuerhalten, statt daß er dem bundesrepublikanischen Wissenschafts- und Bildungssystem in seiner ganzen Breite mitgeteilt wird und schließlich zu einer Harmonisierung der Schere im Produktionssektor führt. Die Funktionäre der forschungsintensiven Konzerne und ihr technokratischer Anhang, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie fordern deshalb eine verstärkte relative Kompression des bundesrepublikanischen Wissenschafts- und Bildungssystems, wie sie auch darauf aus sind, die für den Akkumulationsprozeß wichtige mittlere Industrie in die Riesenunternehmen einzugliedern und den Rest zu ruinieren. Lediglich die für die Fortsetzung der Kapitalexpansion unabdingbaren Teilssektoren von Produkten, Ausbildung und Wissenschaft sollen großzügig weiterentwickelt werden.

3. Die Ambivalenz der wissenschafts- und bildungspolitischen Zentralisationsstrategie läßt augenblicklich folgende Prognosen zu:

3.1. Die Auseinandersetzung zwischen den Exponenten der „Zukunftsforschung“ (Großforschungszentren, die zentrale Ministerialbürokratie, Großkapital, Sozialdemokratie) und der wissenschafts- und bildungspolitischen Reaktion an den Universitäten, in der mittleren Industrie, in den regionalen Ministerialbürokratien und im Handwerk spitzt sich auch in den kommenden Jahren weiter zu. Die Überwindung des industriell-ordinarischen Interessenskomplexes herkömmlicher Art, der auf bildungspolitischer Ebene eine Entsprechung im Bezugsrahmen zwischen Schul-, Berufsschul- und Ingenieurschulsystem und mittlerer Industrie (Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern)

hat, ist nur noch eine Frage der Zeit.

3.2. Je mehr sich die technokratische Reorganisationsgruppe gegen die überspielten Sektoren der Produktion, Verwaltung und Bildungsadministration durchsetzt, desto stärker profilieren sich die in ihr selbst angelegten Widersprüche:

3.2.1. Der militärisch-nichtmilitärische Zielkonflikt. Daß sich die militärisch orientierte Machtgruppe durchsetzt, ist aufgrund der internationalen Konstellation „wenig wahrscheinlich. Wenn sie zum Durchbruch kommen will, muß sie ihren innenpolitischen Kurs chauvinistisch verschärfen. Es ist jedoch fraglich, ob ihr danach der Vorstoß zu einer französisch-britisch-westdeutschen „Atlantischen Atommacht“ gelingt. Eher dürfte der endgültige Vorrang des Militärischen eine Isolierung des bundesrepublikanischen Machtkartells von seinen bisherigen „Bündnispartnern“ zur Folge haben.

3.2.2. Die Entwicklung der letzten Monate läßt erwarten, daß die forschungsintensiven Großkonzerne die Wissenschafts- und Bildungsplanung vollständig ihren In-

teressen unterordnen werden (zunehmende Verlagerung der Forschung in die Großkonzerne. Der AEG-Konzern hat beispielsweise 1968 400 Millionen DM für eigene Forschung und Entwicklung ausgegeben, das entspricht beinahe dem Gesamtetat 1969 des Wissenschaftsministeriums für „allgemeine Wissenschaftsförderung“; weitere Beschränkung des staatlichen Wissenschafts- und Bildungsetats auf die nach Konzerninteressen ausgerichteten Planifikationsparzellen (beginnender Export von „Zukunftskapital“ der Großkonzerne in die Entwicklungsländer — z. B. Reaktorexport nach Brasilien und Argentinien —, der den bisherigen Warenexport schrittweise ablöst). Die Technokratie wird also, soweit sie Tendenzen zu einer Gesamtplanifikation vertritt, schrittweise am Boden verlieren. Nur ihre monopolistisch verwertbaren Vorstellungen werden in die Wirklichkeit umgesetzt.

V. Zur Situation und zu den Reorganisationsversuchen im Schul-, Ingenieurschul- und Hochschulwesen und in der Lehrlingsausbildung. Ein Überblick.

Alle für die sozialistische Opposition der Lehrlinge, der Sekundärschüler, der „Fachhochschul“-Studenten und der Studierenden an den Universitäten relevanten sozialen Bereiche werden von der Auseinandersetzung zwischen wissenschafts- und bildungspolitischer Reaktion einerseits und technokratischen Reorganisationsbestrebungen andererseits geprägt. Sie sind Ausdruck der einander bedingenden Ungleichzeitigkeit der industriellen, wissenschaftlichen und bildungsökonomischen Gesamtentwicklung. Die folgenden Thesen sind dazu gedacht, ausführliche Analysen zu stimulieren; soweit absehbar, werden im folgenden die Tendenzen hervorgehoben, die auf eine sich allmählich profilierende Gesamtstrategie des herrschenden Machtkartells zurückzuführen sind.

1. (Planifikations-tendenzen im Hochschulbereich)

1.1. Das vom „Wissenschaftsrat“ in den Jahren 1960/62 konzipierte Programm zur quantitativen Expansion der Universitäten war 1965 weitgehend realisiert: Die Kapazitäten der Universitäten waren um etwa ein Drittel ausgeweitet. Bis Ende der sechziger Jahre ist jedoch mit einer Verdoppelung der Abiturientenzahl (gemessen am Stand Ende der fünfziger Jahre) zu rechnen, auf die in den sechziger Jahren nochmals eine Verdoppelung folgen wird. Damit war der „Wissenschaftsrat“ vor die Wahl gestellt, ob er der „Bildungsexplosion“ durch die weitere Expansion der Ausbildungskapazitäten und durch die Beseitigung der ordinären Hierarchie zum Durchbruch verhelfen wollte oder ob er gemäß den großindustriellen Interessen ein Kompressionsmodell einzuführen bereit war, das die Verwertung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts endgültig auf eine technokratische Spitzengruppe in Wissenschaft und Produktion beschränkt. Für die wissenschaftliche Lehre wurden

— die Kompression der Ausbildungszeit der Studenten, — die leistungsorientierte Aufspaltung des Studiums in „Nor-

mal“- „Aufbau“- und „Kontaktstudium“ und — die Rationalisierung der Studieninhalte im Sinne des technokratischen-kapitalistischen „Fortschritts“ gefordert.

Diesem Konzept lief ein Modell zur Kompression der universitären Forschungsarbeit parallel:

— Bildung von universitätsspezifischen Forschungsschwerpunkten, — Einrichtung von ca. 150 „Sonderforschungsbereichen“, die von der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ vorgeschlagen und mit dem „Wissenschaftsrat“ und dem Wissenschaftsministerium (Etablierung eines „Beratenden Ausschusses für Forschungspolitik“ Ende 1967) abgestimmt werden.

Die Übereinstimmung zwischen Ausbildungs- und Forschungskompression ist evident. Das „Normalstudium“ soll bis zum Ende des 4. Semesters ohne jede Beziehung zu wissenschaftlicher Arbeit (in etwa vergleichbar dem amerikanischen College-System) betrieben und mit einer dem nachfolgenden „Hauptstudium“ vorgeschalteten Selektionsprüfung abgeschlossen werden. Auch das viersemestrige „Hauptstudium“ wird keine relevanten Bezugspunkte zur wissenschaftlichen Arbeit haben. Erst nach einer weiteren Selektion, die etwa 15 bis 20 Prozent der ursprünglichen „Collegestudenten“ überstehen werden, wird eine „Elite“ von „Aufbaustudenten“ zur Arbeit in den „Sonderforschungsbereichen“ herangezogen. Hier wird das fungible technokratische Reservoir produziert, das zur Regeneration der Spitzen in den Forschungsabteilungen der Großkonzerne, in den Testprogrammen der DFG und den „Schwerpunktprogrammen“ des Wissenschafts- und Verteidigungsministeriums benötigt wird. Gleichzeitig werden die „Sonderforschungsbereiche“ so eingerichtet, daß sie Spitzenkräfte des industriellen Managements zu einem „Kontaktstudium“ anzulocken vermögen.

1.2. Dieses Konzept traf überraschend auf eine rasch anwachsende Studentenopposition, die es auf noch näher zu untersuchende Weise verstanden hat, tendenziell von einer zunächst abstrakt formulierten Solidarität mit den revolutionären Bewegungen der Dritten Welt zu einer in den eigenen sozialen Bereichen orientierten Praxis durchzuführen. Dadurch wurde auch die von der technokratischen Gesamtplanung vorher weitgehend an die Wand gespielte ordinariell-industrielle Zweckkoalition herkömmlicher

mit

Art reaktiviert. Das Planifikationsprogramm, das zunächst gute Realisierungschancen gehabt hatte, konnte nicht mehr zügig durchgesetzt werden. Schließlich trat 1967/68 auch noch die oben beschriebene Auflockerung der technokratischen Einheitsfront selbst ein: Die Tendenz zur Gesamtplanifikation wurde dadurch verwässert, daß die forschungsintensiven Konzerne allmählich zu einer eigenständigen Hochschul- und Berufsausbildungsstrategie übergingen und sich vorübergehend — wenn auch mit gänzlich andersgearteter Motivation — mit der reaktionären ordinariell-industriellen Koalition solidarisierten.

1.3. Gegenwärtig gibt es im bundesrepublikanischen Machtkartell folgende universitätspolitische Konstellationen:

1.3.1. Den „Wissenschaftsrat“, der sein Programm seit neuestem über eine

rekten Einfluß auf die sie interessierenden Forschungskomplexe der Hochschulen haben. Sie vermögen folglich den „Wissenschaftsrat“ und die auf dessen Linie weitgehend eingeschwenkte „Westdeutsche Rektorenkonferenz“ erheblich unter Druck zu setzen. Ihre Forderung geht dahin, die für die Projektforschung wenig relevanten Hochschulschulbereiche traditioneller Art aufzulösen oder, falls für den Status quo im Bildungssystem erforderlich, in straff gegliederte „Fachhochschulen“ ohne wissenschaftliche Forderung umzuwandeln.

2. (Reorganisationsversuche im Ingenieurschulwesen)

Im Ingenieurschulbereich haben Planifikations-tendenzen relativ spät eingesetzt. Sie stehen in engem Zusammenhang mit Bestrebungen innerhalb der EWG, nur noch solche Ingenieure anzuerkennen, die ihr Studium an einer Hochschule absolviert haben.

2.1. Nach ihrer 1956/57 von der westdeutschen Kultusministerkonferenz in Gang gebrachten quantitativen Expansion waren die Bemühungen um eine Reorganisation der von den Länderregierungen kontrollierten Ingenieurschulen schnell wieder eingefroren. Die Arbeits- und Existenzbedingungen der 65 000 Studenten blieben so katastrophal, wie sie es seit 1945 gewesen waren (zu wenig Räume, veraltetes Ausbildungsmaterial, mindestens 30 Prozent überflüssiger Paukballast anstelle methodenorientierter Qualifizierung, enormer Leistungsdruck (bis zu 25 Klausuren im Semester, durchschnittliche Durchfallquote 35 Prozent). Komplizierte Ausbildungsprozesse wurden immer mehr in die große Industrie verlagert, so daß die Ingenieurschule als geschlossene Ausbildungsinstitution unter dem Druck kurzfristiger industrieller Interessen immer deutlicher auseinanderfiel.

2.2. Wenn sich in der anhaltenden Rationalisierungsperiode die Berufsaussichten der HTL-Ingenieure trotzdem vorübergehend verbesserten, verzichteten die Konzerne doch nicht auf ein weiteres Betriebsintern angewandtes Druckmittel: einen Teil der Arbeiter in eigener Regie zu Technikern hochzuqualifizieren und gegen die HTL-Ingenieure auszuspielen. Als schließlich der Titel des graduerten HTL-Ingenieurs gesetzlich geschützt wurde, wurden mehr als 50 000 Betriebstechniker zu betriebsgebundenen Ingenieuren ernannt. Dadurch gewannen die Konzerne genügend Spielraum, um auch die künftigen Vertreter des mittleren industriellen Managements aus den anstehenden Rationalisierungsplänen herauszuhalten und — wie die manuellen Teilarbeiter — zu ohnmächtigen Objekten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu machen.

2.3. Alles in allem ist festzustellen, daß Ausbildung und Berufschancen der Ingenieurstudenten mit dem technischen Fortschritt schlechter werden: Obwohl sie später im Produktionsprozeß meistens als „Unteroffiziere der Produktion“ (Marx) angewandt werden, zählen die Unternehmer sie zum variablen Kapitalstock, der keinen Einfluß nehmen darf. Dabei sind folgende Differenzierungen festzustellen:

2.3.1. Die forschungsintensiven Großkonzerne haben an der Modernisierung und Qualifizierung des Ingenieurschulwesens gegenwärtig nur noch wenig Interesse. Ihre eigenen Forschungsbeteiligungen haben in den letzten Jahren ausnahmslos Ausbildungseinrichtungen aufgebaut, die die der Ingenieurschulen an Modernität und Großzügigkeit bei weitem übertreffen. Seit die Ingenieurstudenten angesichts der Erfolglosigkeit ihrer bisherigen appella-

2.3.2. Zunächst einmal die Bemühungen der Kultusministerkonferenz der Länder um eine organisierte Aufrechterhaltung des Status quo. Im Februar dieses Jahres wurde von ihr ein Plan vorgelegt, wonach Realschüler und Gymnasialisten nach dem zehnten Ausbildungsjahr (16-jährig) in eine zweijährige „Fachoberschule“ eingeschleust werden sollen, die wiederum zum Eintritt in die Ingenieurschule als „Fachhochschule“ berechtigt (Fachhochschulreife). Die daneben offengelassene Möglichkeit, über den Weg Hauptschule-Berufsschule-Berufsaufbauschule und die letzte Klasse der Fachoberschule ebenfalls in die Fachhochschule kommen zu können, hat — gemessen an der Tatsache, daß gegenwärtig etwa 50 Prozent der Ingenieurstudenten nach ihrer Berufsausbildung an die Ingenieurschulen gehen — bestenfalls Alibifunktion.

Die in diesem Modell beibehaltene Qualifizierung von Ingenieurstudenten mit striktem Praxisbezug im Sinn des bisherigen „Schmal-spurstudiums“, das lediglich zur Arbeit in der technischen Entwicklung befähigt, ist durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt überholt. Sie führt die Ingenieurstudenten in eine Sackgasse, da ihnen die Einsicht in die interdisziplinären Grundlagen der neuen Technologien vorenthalten wird (von den gesellschafts-progressiven Aspekten ganz zu schweigen). Sie sind auf diese Weise der wissenschaftlich-technischen Revolution hilflos ausgeliefert; gerade diesen Status benötigen jedoch die weniger forschungsintensiven Unternehmen, um bis zum Übergang zur Vollautomation eine fungible und disziplinierte Technikergruppe zur Hand zu haben, die bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wieder aus dem Produktionsprozeß eliminiert werden kann, ohne auf die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge der Automation Einfluß zu nehmen.

2.3.3. Korrespondiert der Plan der Kultusministerkonferenz eindeutig mit den Intentionen der mittleren Industrie, die einerseits auf die Ingenieurschulen noch nicht verzichten kann, andererseits sich aber längst darüber im klaren ist, daß sie im Verlauf der nächsten oder übernächsten Rationalisierungswelle große Teile des mittleren Ingenieurmanagements abstoßen wird, gibt es doch auch Versuche, das Ingenieurschulproblem auf der Basis einer mittelfristigen Gesamtplanifikation zu lösen. Je mehr sich jedoch die selektiven Planifikations-tendenzen der Großkonzerne durchsetzen, desto eher ist eine nur selektive Verwirklichung dieser Minimal-„Reform“ zu erwarten. Von Exponenten des „Wissenschaftsrats“ und des „Bildungsrats“ der Daxhändler-Gruppe und einigen Großstiftungen (vor allem VW-Stiftung) wird seit etwa 1968 gefordert, eine beschränkte Zahl von Ingenieurschulen in die Technischen Hochschulen einzugliedern. Die Ingenieurstudenten sollen zusammen mit einer aus den Technischen Hochschulen herausgegriffenen Gruppe ein sogenanntes Kurzzeitstudium absolvieren, das auch im Fall der formalen Integration in die Technischen Hochschulen nur als ein verschleiertes Fachhochschulstudium zu verstehen ist: Das Studium wird — im Gegensatz zum „Langzeitstudium“ — ohne jede Beziehung zur Forschungspraxis geplant. Zweifelloso würde dieser Schritt zu einer Modernisierung des Ausbildungswegs und (im Vergleich zur bisherigen Praxis in den Ingenieurschulen) zu einer Relativierung des Leistungsdrucks führen. Trotzdem ist er abzulehnen: erstens, weil von den 138 bundesrepublikanischen Ingenieurschulen nur ein Viertel (30 bis 36) zu formalen „Ingenieurhochschulen“ ausgebaut werden sollen und die übrigen zu extrem „praxisbezogenen“ Technikernschulen degradiert werden; und zweitens, weil auch das „Kurzzeitstudium“ in seiner bislang diskutierten Form den Ansprüchen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und dessen sozialen Konsequenzen nicht genügen wird.

3. (Zur Lage und zu den Auseinandersetzungen um eine Reorganisation der Lehrlingsausbildung)

Je stärker sich das bundesrepublikanische System der Berufsausbildung nach unten verbreitert, desto deutlicher werden die in ihm angelegten Widersprüche, und desto offenkundiger tritt die ihm eigene Unterdrückungsfunktion im Sinn der Selbsterhaltung kapitalistischer Herrschaft zutage. Es verstärkt sich die Tendenz, nur bestimmte Teile des Ausbildungssektors zu reorganisieren: ihre Planifikation gerinnt zu einer bewußt geplanten Ungleichzeitigkeit.

ASTA der Universität und der

HFHB Hamburg

ASTA der Universität Bochum

ASTA der Universität Heidelberg

ASTA der Universität und TH München

SVI Bundesvorstand.

einem Ziel

beschleunigte Verstaatlichung der Universitäten durchzusetzen versucht (vgl. „Empfehlungen“ zur Struktur der Universitäten von Ende 1968 und die verschiedenen regionalen Gesetzentwürfe, von denen der Hamburger als erster verabschiedet worden ist) und dabei in wachsendem Umfang Konzessionen an das forschungsintensive Großkapital im Sinn einer verstärkten Kompressions-tendenz macht. Daneben gibt es Versuche, den Widerstand an den Universitäten durch ein Arrangement mit dem „Bildungsrat“ und dem Wissenschaftsministerium unterhalb der Hochschulebene trocken-zulegen.

1.3.2. Die industriell-ordinarielle Koalition herkömmlicher Art, die einen Teil der Hochschulen aus dem staatlichen Verband herauszubrechen versucht (Planung von rein industriell finanzierten „Stiftungsuniversitäten“, dabei spielen die „Länderkuratorien“ des „Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft“ eine wichtige Rolle).

1.3.3. Die forschungsintensiven Großkonzerne, die über die Planungsapparate der Projektforschung („Atomkommission“, „Kommission für Weltraumforschung“, „Kommission für Datenverarbeitung“, „Kommission für Ozeanographie“ usw.) di-

tiven Praxis in den Streik getreten sind, nimmt darüber hinaus die Neigung zu, das jeweils benötigte mittlere Ingenieurmanagement vor allem aus der eigenen Belegschaft zu rekrutieren. Die dabei betriebene Frühspezialisierung hat den Vorzug, daß sie die angewandten Techniker vollends an den jeweiligen Konzern fesselt; die Politik der Konzerne ist strikt darauf festgelegt, einen Einbruch der sozialen Bewegung an den Ingenieurschulen in die betriebliche Sphäre zu vermeiden (vgl. auch die jüngsten hysterischen Aktionen des Staatsapparats-Verteidigungs- und Postministeriums — die als äußere Ergänzung der inneren Abkapselung zu verstehen sind).

Neben der Strategie der forschungsintensiven Großkonzerne, die tendenziell die vollständige Paralyse der Ingenieurschulen zur Folge hat, haben sich jedoch einige Planifikations-tendenzen herausgebildet:

vor Augen

DIE 2.-JUNI-BEWEGUNG I

Es steht außer Zweifel, daß die große Protestbewegung der Studenten- und Schüler, die sich seit Ende 1964 (Tschombé-Besuch) in West-Berlin vorbereitet und entwickelt hatte und die nach dem 2. Juni 1967 (Mord an Benno Ohnesorg) mit Macht die ganze Bundesrepublik ergriff, einen entscheidenden qualitativen Sprung in der politischen Entwicklung der BRD darstellt. Wortführer der Bewegung, wie Rudi Dutschke und Bernd Rabehl, bezeichneten die 2.-Juni-Bewegung als „kulturrevolutionär“. Daraus spricht keine exakte marxistisch-leninistische Analyse, vielmehr spiegelt sich darin der mächtige Einfluß der Großen Proletarischen Kulturrevolution in China (besonders seit dem 25. Mai 1966). Mao Tsetung sagt von der kulturrevolutionären 4.-Mai-Bewegung in China:

„Die Bewegung des 4. Mai war die Antwort auf den Appell der Weltrevolution, auf den Appell der russischen Revolution, auf den Appell Lenins.“ („Über die neue Demokratie“)

In ähnlicher Weise könnten wir sagen: Die Bewegung vom 2. Juni war die Antwort auf den Appell der Weltrevolution, auf den Appell der Großen Proletarischen Kulturrevolution, auf den Appell Mao Tsetungs. Wir müssen jedoch zunächst erklären, inwiefern es sich bei der 2.-Juni-Bewegung um eine „kulturrevolutionäre“ Bewegung handelte. In der BRD bestand 1967 und besteht heute eine starke Diktatur der Monopolbourgeoisie. Das Proletariat und die anderen unterdrückten Klassen und Schichten (Bauern, Angestellte, kleinbürgerliche Intelligenz) stehen unter dieser Diktatur und haben keinerlei Macht in der Hand. Insofern wäre es selbstverständlich ein verhängnisvoller Irrtum, in der 2.-Juni-Bewegung eine „proletarische“ Kulturrevolution wie in China zu sehen. In China besteht die Diktatur des Proletariats und die dortige Kulturrevolution diente dazu, die Restauration des Kapitalismus zu verhindern und den Weg zum Kommunismus frei zu machen. Von all dem kann in der BRD keine Rede sein.

Ist es deshalb überhaupt falsch, die 2.-Juni-Bewegung als „kulturrevolutionär“ zu bezeichnen? Um diese Frage zu beantworten, muß

zunächst geklärt werden, wie Mao Tsetung und die chinesischen Marxisten-Leninisten den Begriff „Kulturrevolution“ verstehen. („Mao Tsetung“ weist darauf hin, daß dem Sturz einer politischen Macht notwendigerweise die Anstrengungen, sich des Überbaus und der Ideologie zwecks Vorbereitung der öffentlichen Meinung zu bemächtigen, vorangehen und daß dies sowohl für die revolutionären als auch für die konterrevolutionären Klassen gilt (...)).

Die Geschichte zeigt, daß die Bourgeoisie sich zuerst der Ideologie bemächtigte und die öffentliche Meinung vorbereitete, bevor sie der feudalen Gutsbesitzerklasse die politische Macht entriß. Angefangen von der „Renaissance“, kritisierte die europäische Bourgeoisie unaufhörlich die feudale Ideologie und propagierte ihre eigene. Erst im 17. und 18. Jahrhundert, nach hundert Jahren von Vorbereitung der öffentlichen Meinung, riß die Bourgeoisie die politische Macht in einem europäischen Land nach dem anderen an sich und errichtete ihre Diktatur. Marx und Engels begannen vor mehr als einem Jahrhundert, die Theorien des Kommunismus zu verbreiten. Sie machten das, um die öffentliche Meinung für die Machtergreifung des Proletariats vorzubereiten. Die russische proletarische Revolution gipfelte in der Ergreifung der politischen Macht erst nach Jahrzehnten, in denen die öffentliche Meinung vorbereitet wurde. Unsere eigene Erfahrung ist noch frisch in unserer Erinnerung. Als das chinesische Proletariat zum ersten Male in der politischen Arena erschien, war es schwach und unbewaffnet. Wie sollte die Revolution beginnen? Sie begann mit der Propagierung des Marxismus-Leninismus und der Entlarvung des Imperialismus und seiner Lakaien in China. Der Kampf des chinesischen Proletariats um die Machtergreifung begann gerade mit der Kulturrevolution des 4. Mai. („Die große sozialistische Kulturrevolution in China“ 1, S. 3 ff.)

Nach der Theorie Mao Tsetungs gibt es also keineswegs nur Kulturrevolutionen unter der Diktatur des Proletariats, nicht einmal sozialistische Kulturrevolutionen müssen die Diktatur des Proletariats zur

Voraussetzung haben: Es gibt auch vorbereitende, der Revolution vorausgehende kulturrevolutionäre Bewegungen.

Die 2.-Juni-Bewegung in Deutschland war offensichtlich eine Bewegung, die versuchte, im Überbau Machtpositionen zu erringen, indem sie die Universitäts- und Schulbürokratien sowie die bürgerliche Presse bekämpfte. Sie versuchte, wie es hieß, die „Manipulation“ des bürgerlichen Informationswesens zu durchbrechen und eine Gegen-Öffentliche-Meinung zu bilden. All das sind typische Kennzeichen einer kulturrevolutionären Bewegung. Die Frage ist allerdings weiterhin die nach ihrem konkreten politischen Charakter: Auf diese Frage antworten weder Dutschke noch Rabehl.

Die Theorie der SDS-Führer war auf dem Höhepunkt der Bewegung **eklektizistisch**: zwar wurde Marx häufig, Lenin und Mao Tsetung manchmal zitiert, zwar war vom Klassenkampf, vom Kampf gegen den Imperialismus die Rede, daneben standen jedoch kleinbürgerlich-anarchistische („die Studenten sind die Avantgarde“, antiautoritärer Kampf) sowie bürgerlich-reformistische (gegen „Totalitarismus“: Rabehl) Äußerungen. Historisch-perspektivisch erweist sich die Bewegung als **Bündnis** von tendenziell sozialistisch-revolutionären Kleinbürgern (mit eklektizistischer Theorie) und „radikal“-liberalen sowie „radikal“-reformistischen Kleinbürgern. Die Unklarheit der Theorie der Linken erwies sich dabei zum Teil als Kitt des Bündnisses.

Die nächste Frage ist die nach der **objektiv-historischen Bedeutung** der 2.-Juni-Bewegung. Dabei muß zunächst festgestellt werden, daß natürlich auch keine direkte Parallele mit der chinesischen 4.-Mai-Bewegung gezogen werden darf. China war ein halbfeudales und halbkoloniales Land, das über die neudemokratische Revolution zur sozialistischen Revolution schritt. Die 4.-Mai-Bewegung war die der neudemokratischen Revolution vorausgehende Kulturrevolution: Es handelte sich dabei um eine antiimperialistische, antif feudale Kulturrevolution der Bauern und der nationalen Bourgeoisie unter Führung des Proletariats.

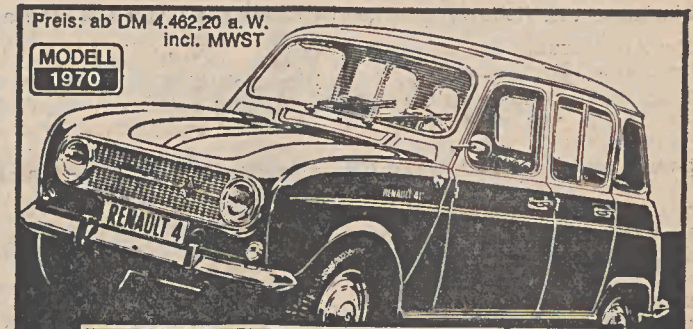
In Deutschland wurde die bürgerliche Revolution erstmals 1848 versucht. Diese Revolution scheiterte jedoch, obwohl die deutsche Bourgeoisie bald darauf zu einer der stärksten der Welt wurde und in das Stadium des Monopolismus und Imperialismus überging. Das Scheitern der 48er-Revolution brachte die Entstehung eines feudal-bürgerlichen, bürokratischen Staates mit sich. Es handelt sich hier um ein Phänomen, das Engels als „das alte klerikal-feudale und bürokratische Regime“, als „feudalen, bürokratischen und militärischen Despotismus“, als die „alte feudal-bürokratische Partei“ („Revolution und Konterrevolution in Deutschland“), als „monarchische, bürokratische, halbfeudale und militärische Reaktion“ als „die absolutistischen Bürokraten, Feudalen und Pfaffen“ („Rolle der Gewalt in der Geschichte“) bezeichnet. Hand in Hand mit der Konservierung der feudalen

Teile der Staatsbürokratie ging das Überleben der feudalen Ideologie in Deutschland. Besonders deutlich zeigt sich das in der Stärke des Klerikalismus sowie in der feudalen Ideologie des Beamtenapparats (kein Streikrecht). Die Revolution von 1918 zerstörte keineswegs gründlich das Bündnis von Bourgeoisie und überlebenden Teilen des Feudalismus, da die Bourgeoisie bei ihrem Kampf auf Tod und Leben mit dem Proletariat jede Waffe mit Freuden aufgriff. Mit Beginn der revolutionären Krise von 1929 stieg der Einfluß des Junkertums sofort stark an. Schließlich wählte die Bourgeoisie statt der junkerlichen Restauration die faschistische Diktatur, aber gerade diese Diktatur betrieb in großem Umfang die Restauration der feudalen Ideologie. Nach dem Kriege wechselte die CDU die feudale Ideologie der faschistischen Form gegen die feudale Ideologie der klerikalen Form aus. Als Ergebnis blieb die für einen hochentwickelten imperialistischen Staat ganz anomale Stärke der feudalen Ideologie in der staatlichen Bürokratie, im Erziehungswesen sowie im übrigen Überbau.

1961, mit dem Bau der Mauer in Berlin, fiel die entscheidende Ursache des „Wirtschaftswunders“, der dauernde Zustrom qualifizierter Arbeitskraft, d. h. die dauernde Auffüllung der industriellen Reservearmee, weg. Der westdeutsche Imperialismus mußte nun in entsprechend stärkerem Maße die Produktivität mittels weiterer Mechanisierung und Automatisierung zu erhöhen suchen, wozu er mehr Ingenieure, Techniker usw. benötigte. Es wurde nun für die Monopolbourgeoisie notwendig, die größten Auswüchse des Feudalismus in der öffentlichen Meinung, besonders im Erziehungswesen, zu beseitigen. Der Angriff wurde zunächst von den „modernsten“ Sprechern der Monopole, etwa in „Spiegel“ und „Zeit“, gestartet. Beim Angriff auf die Positionen des feudalen Klerikalismus wurden besonders Sexual-Tabus attackiert.

Nun war jedoch der Feudalismus in Deutschland schon seit 1848 nicht mehr von der Bourgeoisie zu trennen: Besonders in der Staatsbürokratie sind beide durch einen hundertjährigen gemeinsamen Kampf gegen das Proletariat völlig verschmolzen. Die Position des Feudalismus im Überbau stellt einen Nebenwiderspruch dar, der völlig dem Hauptwiderspruch zwischen Proletariat und imperialistischer Monopolbourgeoisie untergeordnet ist. Die antif feudale Revolution ist in ihren wesentlichen Momenten seit langem abgeschlossen, die proletarische Revolution steht seit 1918 auf der Tagesordnung. Deshalb kann die Bourgeoisie heute keine wirkliche Überbaurevolution mehr anführen, da das feudale Element des Überbaus nicht mehr vom bürgerlichen zu trennen ist.

Nun können wir die Bedeutung der 2.-Juni-Bewegung genauer kennzeichnen: Es handelte sich dabei um eine kleinbürgerliche, tendenziell sozialistische, kulturrevolutionäre Bewegung antibürokratischen, antimperialistischen und ansatzweise antirevisionistischen Charakters. Diese Tatsache klar zu be-



Preis: ab DM 4.462,20 a. W. incl. MWST.
MODELL 1970

RENAULT 4

Der sicherste Wagen ist der mit der sichersten Straßenlage.

Das ist das Konstruktionsprinzip des Renault 4. Wir wissen, was ihn zum meistgekauften 850er machte: Der robuste und millionenfach bewährte Motor. Und seine Wirtschaftlichkeit. 845 ccm, 26 PS, 5 Türen, 6,4 l/100 km.

C. M. SCHÖTTELDREIER

4630 BOCHUM
Herner Straße 107 · Telefon 1 43 36

In der Bundesrepublik gibt es über 1300 Renault-Servicestationen

greifen, ist von größter Bedeutung für die Marxisten-Leninisten der BRD. Tendenziell sozialistisch: Das bedeutet, daß der antibürokratische Ansatz, der sich zunächst vielleicht nur gegen die feudalen Elemente des Überbaus richten mochte, **notwendigerweise** auch gegen die gesamte bürgerliche Bürokratie gehen mußte, wollte er konsequent sein. Weiter: Je klarer den Studenten die Implikationen ihres antibürokratischen Kampfes wurden, je klarer sie erkannten, daß man z. B. die Universitätsbürokratie **konsequent** nur durch den Kampf gegen die **ganze imperialistische Staatsbürokratie** bekämpfen kann, desto klarer erkannten sie ihre eigenen Grenzen und wurden dazu gedrängt, über die Rolle des Proletariats nachzudenken.

Die konsequente Weiterführung der kulturrevolutionären 2.-Juni-Bewegung forderte von einem bestimmten Moment an gebieterisch das Bündnis der Bewegung mit dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der Arbeiterklasse.

Die Richtigkeit dieser Deutung wird durch die tatsächliche historische Entwicklung bestätigt.

Folgende Phasen der Bewegung lassen sich unterscheiden:

1. die Phase der rein studentischen Einheitsfront (ungefähr bis zum Attentat auf Rudi Dutschke),
2. die Pseudo-Einheitsfront von Studenten und Arbeitern gegen die Notstandsgesetze und BILD,
3. die Phase des Aufbaus der wirklichen Einheitsfront von Arbeitern und Studenten.

Die Zwiespältigkeit der ersten Phase zeigt sich darin, daß der tendenziell sozialistische Kern eben nur tendenziell sozialistisch war,

eine eklektizistische Theorie besaß und deshalb unfähig war, aufgrund einer marxistisch-leninistischen Klassenanalyse eine bewußte Bündnispolitik zu betreiben. Das Bündnis mit den „radikal“-liberalen und „radikal“-reformistischen Studenten kam mehr durch „Instinkt“ der Linken zustande, wobei die Gefahr des Abgleitens in Reformismus immer gegeben blieb. Die „radikal“-liberalen und „radikal“-reformistischen Bündnispartner führten den gemeinsamen antibürokratischen Kampf hauptsächlich gegen die feudalen Überreste und mit dem verschwommenen Ziel, die bürgerliche Staatsbürokratie zu „verbessern“. Eine solche „Verbesserung“ ihrer Bürokratie kommt der Bourgeoisie natürlich nur gelegen. Das Ziel der tendenziell sozialistischen Linken mußte es daher sein, den antibürokratischen Kampf eng mit dem antimperialistischen zu verbinden, um ihn dadurch über den Reformismus hinauszubringen. Das versuchte sie durch das Mittel des Internationalismus. Dabei sorgte die bürgerliche Staatsbürokratie dann vorübergehend selbst für die Einheit des Bündnisses, indem sie die „Radikal“-Liberalen und „Radikal“-Reformisten genauso niederknuppeln ließ wie die tendenziellen Sozialisten. Der Antirevisionismus des gemeinsamen Kampfes war am wenigsten klar: Hier zeigte sich der theoretische Eklektizismus des linken Kerns als größter Mangel. Indem man nämlich den trotzkistischen Ausdruck „Antistalinismus“ wählte, verwirrte man die Fronten, da die Revisionisten glaubwürdig ihren Antistalinismus versichern konnten. Die notwendige Folge daraus war die fehlende klare und (Fortsetzung auf Seite 6)

Contacta Institut

Bochum Kortumstr. 45 I. Etage
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt

Achtung Studenten!

Billiger Marken-Kraftstoff

ADLER-STATION

WERNER LEDWOCH

463 Bochum, Telefon 3 66 83, Wasserstraße 107

Benzin 50,9 — Super 57,9 — Diesel 51,9

Kleine Reparaturen — Reifen- und Batterie-Dienst —
Wagen waschen

Was ist Ihnen bei einer Tageszeitung wichtiger: Aktualität, Objektivität oder Kritik?

Keine Frage: Alle drei Kriterien sind wichtig. Nur sie zusammen können ein Garant für „echte“ Informationen sein. Die Süddeutsche Zeitung bietet Ihnen diese Informationsquelle. Ihr eigenes, weltweit organisiertes Korrespondentennetz garantiert aktuelle Informationen aus erster Hand. Die deutliche Trennung zwischen Meinung und Meldung dokumentiert die geradezu sprichwörtliche Objektivität der SZ. Und die kritischen Leitartikel und Kommentare stammen immer aus erster Feder.

Denn die SZ-Publizisten zählen allesamt zur kritischen Garde des westdeutschen Journalismus. Die Süddeutsche Zeitung ist der beste Partner für Objektive, Kritische und Fortschrittliche. Sie ist auch Ihr Partner: Studenten erhalten die SZ im Postabonnement für DM 5,—.

Süddeutsche Zeitung
Die große deutsche Tageszeitung

Münzen- u. Briefmarkenfachhandel
RITTER
435 Recklinghausen, Martinstraße 11
gegenüber Hauptbahnhof
Telefon: 2 35 57
ANKAUF - VERKAUF - VERSAND

KUNST & BÜCHER SCHEUNE

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

trisper

Kleinstlinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich

BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

Einladung zum kostenlosen Proberauchen!

Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Pröbchen gratis. Diesen Gutschein senden an:
EXCLUSIV-TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568 a

Beendet das US-Massaker in Vietnam jetzt!

DFU

Deutsche Friedens-Union
Bitte Informationsmaterial anfordern bei
Landesgeschäftsstelle der DFU,
43 Essen, Rüttscheider Str. 127

Kaufen Sie

Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren

Trinkhalle Kothhoff

(Mensaparkplatz)
Im Ausschank:
Coca Cola, Sprite eiskalt

Achtung! Gelegenheit!

KLAVIERE

hochwertige Markenfabrikate
zu Einführungspreisen
Direktimporte aus Polen

Auskunft: PIANO ROMADO
Telefon: Bochum 4 50 18

Der Augen Wille:



die **Heinen-Brille**
Bochum, Kortumstraße 45
u. Ruhrpark-Einkaufszentrum



...auch Sie könnten mal krank werden

Da es keine Garantie für immenswundersame Gesundheit gibt, hat der „Oldtimer“ sogar recht. Jeden Menschen kann es erwischen. Eine Krankheit kann das ganze Geld verschlingen. Wie beruhigend, wenn die DKV die hohen Kosten übernimmt.
Und außerdem noch ein Krankenhaus-Tagegeld zahlt
Kranksein ist teuer — wir helfen!
DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.G.
Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Hohenzollernring 62, Telefon 2 04 01
Beratung: Deutsche Kranken-Versicherungs-A.G.,
Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum,
Kortumstr. 66, Telefon 6 05 46-48

Die 2.-Juni-Bewegung

(Fortsetzung von Seite 5)

totale Abgrenzung der Bewegung gegen den Revisionismus.

Diese Unklarheiten sollten ihre bösen Folgen vor allem während der zweiten Phase zeigen: Im Anti-Notstandskampf sah die Linke die Möglichkeit, Teile der Arbeiterklasse in das Bündnis einzubeziehen. Statt einer revolutionären Einheitsfront entstand jedoch eine Pseudo-Einheitsfront ohne Prinzipien, ohne Perspektiven und ohne Konzept. Man verband sich wahllos mit Revisionisten, Gewerkschaftsbürokraten und sogar FDP-Abgeordneten. Die Quittung für diesen Opportunismus erhielt man beim Sternmarsch auf Bonn, der zu einem ohnmächtigen Spaziergang wurde, bei dem die Gewerkschaftsbürokraten „ihre Leute“ völlig in der Hand behielten.

Die dritte Phase mußte daher notwendigerweise die Theorie in den Vordergrund rücken: nun schied sich zunächst diejenigen Studenten, die die Notwendigkeit der Führung der Bewegung durch das Proletariat erkannten, von den übrigen. Innerhalb der am weitesten linken Gruppe wiederum bildeten sich ein „marxistisch-leninistischer“, ein „guevaristischer“ und ein trotzkistischer Flügel heraus. Parallel damit ging in der Praxis das Entstehen von Basisgruppen, in denen meistens eine Mehrzahl von Studenten mit einer Minderzahl von Arbeitern zusammenarbeitete. Als Kennzeichen dieser Phase ist jedoch die Unfähigkeit zu sehen, die Ansätze von Betriebspraxis mit den Ansätzen von Theorie wirklich zu verbinden. Der Grund dafür ist, daß die linken Studenten ihre eigene Rolle und die historische Bedeutung der 2.-Juni-Bewegung nicht begriffen. Es wurde bald, besonders bei Studenten, die sich als „marxistisch-leninistisch“ bezeichneten, geradezu Mode, die sog. „antiautoritäre Phase“ einfach in Bausch und Bogen abzulehnen. Daraus folgten schematische und dogmatische Tendenzen. Manche Studenten wollten nun „Proletariat werden“ und glaubten, sie könnten das durch Betriebsarbeit erreichen. Schließlich entstanden in diesen Zirkeln auch Initiativen zur Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei, meistens jedoch erst nach Gründung der KPD/ML.

2.

Die revolutionäre, kommunistische Bewegung der Arbeiterklasse in Westdeutschland war durch faschistische Verfolgung, Krieg, Fehler der Nachkriegspolitik, einseitige

Abhängigkeit von Ost-Berlin bzw. Moskau, schließlich durch das KPD-Verbot entscheidend geschwächt. Die vollständige revisionistische Entartung nach dem 20. Parteitag schien sie endgültig entzweit zu haben. Da gab jedoch der prinzipienfeste Kampf der chinesischen und albanischen Kommunisten für den revolutionären Marxismus-Leninismus den wirklichen Revolutionären aller Länder neue Hoffnung. In Westdeutschland war unter den Bedingungen der Illegalität und der allgemeinen Schwäche der Bewegung jedoch damals nicht an die Gründung einer eigenen Organisation der Marxisten-Leninisten zu denken. Einzelne Genossen verfolgten regelmäßig die chinesischen Publikationen und propagierten den chinesischen Standpunkt. Sie gerieten dadurch in Konflikt mit der revisionistischen Parteibürokratie. Da änderten vier Ereignisse gründlich die Lage:

1) Die Große Proletarische Kulturrevolution löste erstmals die Probleme des weiteren Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats, an denen Stalin gescheitert war. Dadurch besiegte die Marxisten-Leninisten tendenziell endgültig die Revisionisten im Weltmaßstab. Die historische Wirkung des Ereignisses war wirklich welterschütternd: Den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt gab es einen weiteren entscheidenden Anstoß, aber es wirkte auch auf den (konkret jeweils verschiedenen) antibürokratischen Kampf besonders der Jugend, tendenziell jedoch auch der Arbeiter, in den imperialistischen und revisionistischen Ländern. Die Weltrevolution war in eine neue Phase getreten. Das hatte auch die Lage in Deutschland geändert.

2) Auch in der BRD nahm der Klassenkampf durch die 2.-Juni-Bewegung einen neuen Aufschwung. Die deutsche Jugend antwortete dem Appell der Peking-Reden. Der Sturm auf die Bürokratie des bürgerlichen Staates versetzte die ganze Gesellschaft in einen Zustand allgemeiner Kritik an der Bourgeoisie und ihrem System. Der Marxismus, der Leninismus und die Mao-Tse-Tung-Ideen fanden in großen Teilen der Jugend offene Ohren.

3) Die Gründung der D.K.P. zeigte die Aussöhnung zwischen westdeutscher Bourgeoisie und deutschem Revisionismus an. Diese Gründung war eine Schutzmaßnahme der Bourgeoisie gegen die 2.-Juni-Bewegung. Man brauchte ein Auffangreservoir für linke Arbeiter. Das Prestige der Illegalität

drohte die D.K.P. anziehungskräftig zu machen, wenn keine Alternative geschaffen wurde.

4) Die Rezession von 1966/67 hatte endgültig gezeigt, daß der westdeutsche Imperialismus wieder in die normale zyklische Entwicklung übergegangen war. Gleichzeitig spitzten sich die Widersprüche des imperialistischen Systems durch die amerikanische galoppierende Inflation infolge des Vietnamkrieges in großem Maße zu. Eine größere Krise zeichnete sich ab, die die Arbeiterklasse in Kampfstimmung versetzen mußte.

Diese vier Ereignisse machten die Gründung einer revolutionären marxistisch-leninistischen Partei als Avantgarde-Organisation des westdeutschen Proletariats **objektiv notwendig**. Sie wurde nach im ganzen mehrjähriger Vorbereitung durch ideologische Auseinandersetzung zur Jahreswende 1968/69 in Hamburg vorgenommen.

Das entscheidende Merkmal der KPD/ML bei ihrer Gründung war die Tatsache, daß sich in ihr Marxisten-Leninisten, die einen jahrelangen antirevisionistischen Kampf in der KPD geführt hatten, mit der Avantgarde der 2.-Juni-Bewegung, die sich bereits damals zum Marxismus-Leninismus entwickelt hatte, verbanden. Damit wurde die Partei tendenziell instandgesetzt, ihre erste wichtige historische Aufgabe zu erfüllen: die Führung der Arbeiterklasse in der erweiterten 2.-Juni-Bewegung sicherzustellen. Nur dadurch wird die 2.-Juni-Bewegung ihr historisches Ziel erreichen können, nämlich im Überbau die proletarische Revolution entscheidend vorzubereiten. Die KPD/ML war bei ihrer Gründung **tendenziell** dazu imstande. Um auch **praktisch** dazu imstande zu sein, mußte sie in ihrer Aufbauphase folgende Ziele erreichen: Herstellung der ideologischen Einheit, organisatorische Festigung im nationalen Maßstab, Verwirklichung des demokratischen Zentralismus; Erstellung einer wissenschaftlich fundierten Klassenanalyse als Basis einer programmatischen Erklärung über Strategie und Taktik; Verankerung im Proletariat durch Aufbau proletarischer Massenorganisationen. Diese Aufgaben mußten weiterhin dialektisch verbunden werden (z. B. mußten die beim Aufbau der Massenorganisationen gemachten Erfahrungen in die Klassenanalyse einbezogen werden). Während des Jahres 1969 überwand die KPD/ML die entscheidenden Anfangsschwierigkeiten und brachte die Arbeit systematisch in Gang. Gründungskomitee des SDS/ML.

Über den Wahnsinn von Geld und Konsum:

8 Che Guevara: Ökonomie und neues Bewußtsein

DM 5.50

160 Seiten, im Abo: 1 DM weniger
Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6

Rotbücher

Im Namen von Kapital und Demokratie:

13/14 Horowitz: Kalter Krieg. US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam. In 2 Bänden

je DM 6.50

240/208 Seiten. Abo: je 5.50
Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6

Rotbücher

Gegen den neuen KP-Revisionismus:

15 Frank u.a.: Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus

DM 6.50

192 Seiten, im Abo: 1 DM weniger
Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 6

Rotbücher

Die BSZ-Leser schreiben

Manfred Unger, Bochum

Laerheidestr. 10. 28. 2. 1970

Betr.: BSZ Nr. 57/Stat einer Anzeige

Vielleicht gefällt es dem besagten Vertreter des Presseamtes besser, einmal etwas über die Stadtverwaltung Bochum geschrieben zu sehen. Bitte sehr: Um einen Antrag beim Amt für Bauförderung rechtzeitig stellen zu können, mußte ich mir dort Formulare besorgen. Also fuhr ich in die Stadt. Doch Sprechstunden waren nur dienstags und donnerstags, alle Türen waren verschlossen. Obwohl hinter den Glas-türen die Angestellten beim Kaffeetrinken zu sehen waren, (warum auch nicht) reagierte niemand auf mein Rufen, mir doch ein Formular herauszureichen. Ergebnis: Ein halber Vormittag und Fahrgeld umsonst vertan. Auf die Idee, häufig benötigte Formulare auszulegen, ist dort wohl noch niemand gekommen. Als ich dann später, diesmal während der Sprechstunden nochmal dort war, sah ich, wie man eine alte Frau nach Hause schicken wollte. Die alte Dame hatte nicht gewußt, daß sie ein bestimmtes Formular ausfüllen mußte. Auf ihre Bitte, man möge ihr doch das Formular nach ihren Angaben ausfüllen, sie selber war dazu nicht in der Lage, weil sie ihre Brille vergessen hatte — wurde ihr barsch gesagt, man sei hier schließlich keine Schreibstube. Ich habe der alten Frau dann das Formular ausgefüllt. Arbeitszeit: 4—5 Minuten. Als ich endlich an der Reihe war, klingelte bei dem Sachbearbeiter gerade das Telefon. Ja, natürlich habe er Zeit, sagte er zum Teilneh-



Die Redaktion antwortet

mer am anderen Ende, hier sei nur ein Student, und der könne warten, sprachs und verschwand für 15 Minuten.

Nun, gewiß, das alles sind keine weltbewegenden Dinge. Man findet bei Behörden immer wieder dergleichen: Vielleicht bemüht man sich bei der Stadt Bochum doch einmal darum, diesen kleinen Mißständen abzuwehren, dem Bürger wäre sehr geholfen. Hochachtungsvoll
gez. Unger.

Ann. der Red.:

Falls diese Redaktion, auf die das ganze Geschrei der D.K.P./Spartakisten und ihrer rechtsliberalen Verbündeten aus SHB und BSU gegen den ASStA eigentlich zielt, sich gegen deren Intrigen behaupten kann, werden wir ebenso wie über die Univerwaltung, die z. Z. gegen uns prozessiert, auch über die Stadtverwaltung eine Artikelserie schreiben. Denn dieser Laden, an seiner Spitze zu rund 80 Prozent aus alten Nazis bestehend, stinkt uns schon seit langem.

Heribert Eiden, Wattenscheid,

Lohrheidestr. 87, stud. phil.

Betr.: Lieber Marx als Maercks!

BSZ Nr. 57 vom 12. 2. 1970

Der Bericht über die Anti-HSChG-Demonstration in Düsseldorf wirft ein bezeichnendes Licht auf die Redaktion der BSZ, also auf das studentische Zentralorgan der emel in Bochum. Er zeigt, was von der Bewegung und der Taktik der KPD/ML-Genossen zu erwarten ist. Nämlich gar nichts. Während ihnen anscheinend nichts anderes mehr einfällt als DPK und Spartakus als sozialdemokratisch zu verteuflern, erkennen die emel-Genossen nicht, daß sie aufgrund ihrer Taktik kleinbürgerliche Epigonen der aktionistischen Dutschke-Epoche sind. Denn ich frage mich: Welchen Sinn sollte die „Besetzung“ des Thyssen-Hauses haben? Davon abgesehen,

daß derartige Aktionchen wohl kaum mehr als symbolischen Charakter haben, könnte die „Besetzung“ des Thyssenhauses der sozialistischen Bewegung allenfalls in einer revolutionären Situation dienen. Und eine revolutionäre Situation läßt sich — noch! — nicht in der BRD feststellen. Was solls dann? Wie gesagt, Rückfall in die revolutionäre Dutschke-Bewegung.

Derartige Aktionen können heute anlässlich jeder Demonstration vorkommen. Das Bedenkliche an der Thyssenhaus-„Besetzung“ ist jedoch, daß diese Aktion eine Woche später von den BSZ-Ideologen der emel gerechtfertigt wird. So sieht die Taktik der Genossen um Stephan Bock aus!

Direkt lachhaft ist es, wenn zum Schluß des Artikels noch Lenin für derartige Kinderleien, nichts anderes ist die „Besetzung“ des Thyssen-Hauses, herhalten muß, um das revolutionäre Gebilde zu rechtfertigen und DPK und Spartakus für Revisionisten zu erklären. Im übrigen verweise ich auf Lenins Broschüre „Der Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus.

Mit sozialistischem Gruß
Heribert Eiden, stud. phil.
P. S.: Sollten Sie den Brief veröffentlichten, dann bitte ungekürzt!

Ann. der Red.:

Von welcher Warte aus nennen Sie es eine Verteufelung, wenn D.K.P. und Spartakus als sozialdemokratisch definiert werden? Wie Sie sehr richtig feststellen, hatte die „Besetzung“ des Thyssen-Hochhauses symbolischen Charakter, während jenes Geschrei der D.K.P.-Pisten, alle Konzerne knacken zu wollen, schlichtweg verlogen war, wenn man bedenkt, daß sie zu deren Geschäften mit der SU nichts zu sagen weiß. Von Ihnen lassen wir uns nicht „sozialistisch“ grüßen!

Die neue
Ladenstraße
vor der
Universität

Schuhe

von
H. G. Ries
Ladenstraße Uni
Schnelle, preisgünstige
Schuhreparaturen

Wir stehen von 8 bis 18 Uhr zu Ihren Diensten

Konditorei Löscher
Café an der Uni

Empfehle meine Eisspezialitäten

HAARSTUDIO

für Damen u. Herren

Werner Happe

Kosmetik — Inka
Parfüm — Le Galion, Paris
Haarteile — Modeschmuck

Normale Preise — individuelle Bedienung

TOBACCO SHOP

Fritz Kister & Sohn

Große Auswahl in
● TABAK
● PFEIFEN

ZEITUNGEN + ZEITSCHRIFTEN
LOTTO + TOTO

Ladenstraße an der Uni

**SPARKASSE
IN QUERENBURG**

Jetzt auch in der
neuen Ladenstraße vor der Universität



BUSCHEYSTRASSE TEL. 51 1674
und
IM WESTENFELD 22 TEL. 51 1015



jetzt größer,
moderner

mit Frischfleisch-Abteilung
in der Buschheystraße 132

Eiskorn 38 Vol. %, doppelter Weizenbrand, rein und mild 1/1 Flasche **6,95**

Chronik-Weinbrand feiner alter Weinbrand, V.S.O.P. 1/1 Flasche **7,75**

Lambrusco-Wein aus Italien 2-Liter-Flasche **2,98**

Maxwell-Expreß-Kaffee reiner, löslicher Kaffee 200-g-Glas **6,98**

Kasseler-Brot 1250 g **-,98**

Brötchen 10 Stück **-,79**

Eiernudeln 500 g **-,77**

EVST-Rindfleisch 394-g-Dose **1,58**

Form-Haarspray für jedes Haar Dose **1,44**

Blendax-Zahnpasta Fluor Familientube **1,68**

coop Dortmund

Zum Fall Spreiti

Uns scheint es sehr wahrscheinlich, daß das guatemalteckische Regime der Forderung der Revolutionäre nicht entsprochen hat, weil es deren Kampfgewissen schon längst umgebracht hat.

Die Guerrilleros haben ihre Drohung wahrgemacht und den Grafen Spreiti erschossen.

Schon einmal ist ein Bonner Geschäftsträger vom Vietkong erschossen worden. Wir wissen heute noch nicht, welche Rolle er in Saigon gespielt hat.

Der Fall Spreiti ist gewiß ein tragischer Fall. Wir wollen hier den Leser nicht mit Gefühlsduselei belasten und seine moralische Empörung steigern. Die Massenmedien tun es und werden es zu gegebenen Anlässen weiterhin tun. Erfahrungsgemäß ruft die Ermordung einzelner (Privilegierter) mehr Empörung hervor als die Ermordung ganzer Völker.

Dieser Fall und viele andere Fälle sollten uns zu denken geben, wieso und warum die Unterdrückten zwangsläufig zu solchen Methoden

greifen. Tatsache ist es, daß die Empörung der herrschenden Klasse und ihre Handlanger von der Presse umso stärker sich äußert, je effektiver und wirkungsvoller die Methoden sind, die die Unterdrückten entwickeln.

Wir vergießen keine Krokodilstränen: Von seiten der Guerrilleros und für die Widerstandsbewegung in Lateinamerika war es eine Notwendigkeit, die Drohung wahrzumachen.

B S Z

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (C. Ebner, SHB; C. Holtey, HSU; G. Kasper, SHB; M. Starostik, SHB)
Redaktion: Klaus Dillmann, Norbert Otte, Jörg Reimann, Hamid Sadik Salman, (Ruhr-Universität)
Anschluß: 463 Bochum, Lennersholstraße 66
Auflage: 8000 Exemplare
Anzeigenleitung: BSZ-Redaktion
Druck: Schürmann & Knappe, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge gehen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennersholstraße 66, Tel. 51 18 55 u. 399 2416.

**Lehrer
für Bürgerkunde**

mit den entsprechenden Prüfungen.
Wer hat Zeit
und ist Genosse?
Sofortige Anstellung garantiert.
Bewerber melden bei
Chr. Ebner, ASStA, Bar. 8, Tel.
51 18 55.

**Eilt - Eilt - Eilt
Fahrt nach Berlin**

vom 14. bis 19. April, nur 65 DM.
Unterbringung: Jagdschloß Glienicke. Für Genossen und Interessierte, sofortige Anmeldung bis Morgen, Freitag, 12.30 Uhr, bei Christof Ebner, ASStA, Baracke 8.

E1

DISCOTHEK

BOCHUM
EUROPAHAUS
RUF 67208

Am 10. April
STARGASTSPIEL
Howard Carpendale